

44. Jahrgang

2-2011

€ 4,50

ABZOCKE

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



Geschnitten oder gleich im Stück?

Inhalt

Kolumnen

- 3** *Hermann Schulz*
Aus der Zeit gefallen
 Der Schriftsteller Wolf Christian von Wedel Parlow
- 4** *Wolfgang Belitz*
Die Deutschen waren noch nie so reich und so arm!
- Schwerpunkt: Abzocke**
- 5** *Rolf Stefaniak*
dass kommunismus kommen muss
- 7** *Wilhelm Neurohr*
Wie die Kommunen abgezockt werden –
 Das Ende der kommunalen Selbstverwaltung?
 Politische Entrechtung durch erzwungene Insolvenz
- 11** *Robert Bosshard*
Vom Lohn zum Mehrwert zur Dividende zum Profit zur Ausschüttung
- 12** *Tobias Michel*
Risiken ermitteln, Köpfe jagen, Kasse machen
 Die Krankenkassen kümmern sich weniger um die Kranken und mehr um gute Geschäftsergebnisse
- 13** *Erika Feyerabend*
Markenprodukt Krankenhaus – Um PatientInnen für sich einzunehmen, setzen KlinikmangerInnen zunehmend auf Werbemethoden
- 14** *Sebastian Müller*
Wohnungnot ist heute: Durch Hartz IV, Schimmel und Finanzinvestoren gebeutelt
- 16** *Johannes Kleinschnittger*
Millionengrab Flughafen Dortmund
- 1WURF**
- 18** *Au Loong Yu*
Wie sozialistisch ist der chinesische Parteienstaat
 Eine Besprechung von Wang Hui, Das Ende der Revolution. China und die Grenzen der Moderne

Palästina

Friedlich für die Freiheit in Palästina

- 20** *Ein Hilferuf aus Gaza am 12. Juni 2011 zur Unterstützung der Freedom-Flotilla II*
Belagertes Gaza, besetztes Palästina
- 21** *Aufruf der palästinensischen InitiatorInnen der gewaltlosen Widerstandstage in Palästina*
Willkommen in Palästina vom 8. – 16. Juli 2011!
Bettina Marx – 3. Juni 2011
Friedlich für die Freiheit

Menschenorte 11

- 22** *Manfred Walz*
Wir sind Emigranten – keine Flüchtlinge!
 bei Viktoria Turkenitsch

Impressum ...	Seite 10
Abo-Bestellschein ...	Seite 17
Literatur / Lesetipps ...	Seiten 6, 22, 23
Beilagenhinweis ÖID ...	Seite 12
Anzeige KD-Bank ...	Seite 15
Anzeige Klartext Verlag ...	Seite 19
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 23
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Editorial

„Abzocke“ ist Thema dieses *AMOS*. Wie Abzocke im Krankenhausmarkt, im Mietwohnungsmarkt, im Interesse des immer lahmen Flughafens Dortmund und in der Pleite der meisten Städte funktioniert und sich gegen die Masse der Menschen auswirkt – das stellen beispielhaft die Beiträge in diesem Heft dar. Wir beginnen mit einem „Grundlagenbeitrag“, und zeigen, warum dieser Fächer von Elendspunkten systembedingt ist. Vom Umgangssprachlichen her steht hinter jedem Abzocken ein listiger und hinterhältiger Mensch, ein Gauner. Aber bei den hier beschriebenen Elendsthemen ist es so einfach ja nicht, hinterrücks passiert „mehr“: es zocken nicht raffinierte Einzelne ab sondern das System ist abzockig.

Was ist der Unterschied zwischen der Pleite der meisten Städte (nicht nur!) im Ruhrgebiet und ganzer Volkswirtschaften wie Griechenland, Portugal, Spanien, Irland – von der überschuldeten USA ganz zu schweigen?

Bevölkerungen werden entrechtet und entmündigt, weil systematisch Abzocke funktioniert. Indem wir auch in diesen *AMOS*-Beiträgen möglichst nach Widerständigem und Utopischem hier und heute fragen, freuen wir uns über das Aufbegehren in Athen, Madrid, Dublin. Auf den Straßen und Plätzen dort wehren sich Menschen – nicht nur in notwendigen „Abwehrkämpfen“ nach gewerkschaftlicher Art sondern auch als Aufruhr von Jugend. Was in der arabischen Welt, auf dem Tahiriplatz in Kairo und anderswo passiert und fasziniert, findet auch nördlich vom Mittelmeer auf die Tagesordnung.

Die Welt, in der wir leben, ist nicht nur Abzocke sondern auch blutig. „Nichts ist gut in Afghanistan!“ Margot Kässmann bleibt dabei, wie sie Anfang Juni auf dem Ev. Kirchentag in Dresden deutlich machte und bekommt erkennbar immer noch mehr Beifall. „Heraus aus der Sackgasse in Afghanistan!“ – viele hundert Menschen haben diesen Appell von *AMOS*, kultuRRevolution, DISS, den Siegener Pädagogen für den Frieden (friedenskultur.de) unterzeichnet, neuerdings melden sich wieder mehr und unterzeichnen ihn. (www.afghanistanappell.de und www.bangemachen.de).

Die 3. Werkstatt zu diesem Appell am 7. April in der Ev. Stadtakademie Bochum mit Tobias Pflüger, Jürgen Link, Robert Zion und Andreas Zumach zeigte erneut die Dringlichkeit „Heraus...!“ und die Notwendigkeit einer in die Tiefe gehenden politischen Kritik jenseits von Parolen, die ja richtig sind und die wir selber auch sagen: „Heraus aus der Sackgasse in Afghanistan!“.

Aber unser „Appell: Heraus...“ verbindet die Forderung mit Analyse, erklärt die weltpolitischen Ambitionen Deutschlands in der sich ändernden Weltpolitik. Da heißt es für Berlin, weltpolitisch vorne bei den G7/G8/G20 mitzuspielen (also nicht nur in der EU).

Und unser Appell empört sich, weil die Kriegsführung die tödlichen Waffen gegen Kinder, Frauen, Männer ebenso streut wie gegen echte oder vermeintliche Taliban, des Tages und des Nachts („night raids“). Ein trauriges Beispiel: Am 17. Mai wurden in Taloqan im Nordosten Afghanistans mindestens 14 Menschen von Bundeswehrsoldaten und ihren afghanischen „Partnern“ erschossen, circa 80 Menschen wurden verletzt. Noch vor einem Jahr hatte die ZEIT von Taloqan als „Bad Taloqan“ wie von einem ruhigen und befriedeten Kurort geschrieben. Der rasant eskalierte Krieg trifft jeden und ist insofern „exterministisch“: Laut ISAF-Kommandeur David Petraeus würden für jede gesuchte Person, die als zu tödlicher Taliban im Visier sei, drei Menschen, die nicht Ziel der Angriffe seien, getötet und vier weitere festgenommen (vgl. IMI-Standpunkt 2011/031 2.6.11 www.imi-online.de).

Wen das nicht empört!

Das System ist Abzocke und mörderisch!
 In dennoch streitbar heiterer Dissidenz grüßt *AMOS*

Hermann Schulz

Aus der Zeit gefallen

Der Schriftsteller Wolf Christian von Wedel Parlow

Mir begegnen hin und wieder Menschen, Bücher oder Ereignisse, die auf mich wie alte, halbvergilbte Fotografien wirken, so als hätten sie mit meiner Gegenwart nichts oder wenig zu tun. Undeutliche Bilder von Männern und Frauen scheinen dann in meiner sentimentalen Phantasie auf, in alten Gewändern, mit edlen Gläsern in der Hand, die nachdenklich vor abendlichen Kaminfeuern von unwahrscheinlichen Geschehen erzählen; Geschichten, wie sie Heinrich von Kleist einige hinterlassen hat, oder der Seefahrer Joseph Conrad. Solche Momente enthalten für mich ein schwer definierbares Sehnsuchtpotential von längst vergangenen Werten, Ehrbegriffen und Würde, die sich der Gegenwart entgegenstemmen. Wie aus der Zeit gefallen kommen sie mir vor, ganz gleich, ob sie früher gelebt haben oder Zeitgenossen sind.

So fühlte ich mich bei der ersten Begegnung mit Wolf Christian von Wedel Parlow. Es war nicht der adlige Name, der mich beeindruckte; immerhin kannte ich Leute aus diesen Kreisen: Mit der Schwester von König Faruk hatte ich hoch über dem Bosphorus Champagner getrunken, mit einer Nachfahrin der Familie von Clausewitz Bücher gemacht. Sehr nette Leute! Aber gemeint ist etwas anderes. Alte Bilder stehen plötzlich vor meinem Innern, denen ich mich nur vorsichtig nähere, weil sie verborgene Erinnerungen anrühren.

Es war nicht einfach, mit Wolf von Wedel warm zu werden. Wem galt sein freundliches, leicht ironisch wirkendes Lächeln? Sich selbst vielleicht? Versteckte sich dahinter Arroganz – oder gewollte Distanz, mit der er sich schützte? Es war, so merkte ich bald, nichts anderes als Schüchternheit und selbstbewusste Bescheidenheit!

Während ich diese Überlegungen niederschreibe, überfliege ich seinen Lebenslauf, ohne in Gefahr zu sein, hier verwirrende Details zu wiederholen: Altes mecklenburgisches Geschlecht, geboren 1937 in Prenzlau/Uckermark, ab 1944 durch den Krieg Umzug nach Nordböhmen, dann zu Verwandten nach Bamberg, später auf das großväterliche Anwesen im Odenwald.

Das bewahrende Glück einer weitverzweigten Familie.

Auch sein Werdegang war vielleicht einer Tradition der Familie geschuldet: Wolf wurde Berufssoldat mit dem romantischen Ideal, soldatischen Friedensdienst im Vorderen Orient (zum Schutz Israels) tun zu können. Nach drei Jahren begann er sein Studium der Volkswirtschaft, Tätigkeit am Osteuropa-Institut in Berlin, Akademischer Rat an der Universität Wuppertal für Entwicklungspolitik, Volks- und Außenwirtschaft. Für ein Unicef-Projekt ging er sechs Wochen in den Sudan, eine Gastdozentur führte ihn nach Minsk.

Über das Bild seiner Persönlichkeit sagte mir das wenig. Da ist sein erster Roman mit dem Titel „Drahomira“, der 2008 erschien, weit mehr ein „offenes Buch“. Als ich den Titel las, war mein erster Verdacht: Was versteckt der Autor hinter einem so fremden Namen? Wäre „Der Baron und die tschechi-



Foto: Frank Becker

sche Pferdewirtin“ nicht griffiger? Solche modische Platttheit wäre völlig daneben: Drahomira ist die starke Hauptperson dieses vielschichtigen Romans, eine Tschechin voll patriotischer Leidenschaft unter deutscher Besatzung, hin- und hergerissen zwischen ihrer Liebe und ihrem Freiheitswillen. Das liest sich großartig, auch weil neben den politischen Abenteuern im Widerstand zauberhafte Passagen erfreuen; die Landschaftsbeschreibungen sind präzise und lebendig. Der Autor weiß immer bis ins Detail, wovon er erzählt: Das Leben auf den großen Gütern im Osten, wie bewegen Pferde ihre Köpfe und ihre Hintern oder wie riecht Heu nach dem Regen. Erfrischende sinnliche Wechselbäder!

Hier verbirgt sich der Autor keineswegs! Wolf von Wedel zeigt eine Welt, deren Kind er geblieben ist: Gezeichnet von Trauer, aber ohne Bitterkeit über das Verlorene, geprägt von der Verpflichtung seiner (Familien-)Geschichte gegenüber, Verantwortung zu tragen, Antworten zu finden auf Fragen, die sie ihm aufgibt.

Dieser Vergangenheit darf der Sinn nicht geraubt werden, auch wenn sie durch die Nazis in den Dreck gezogen und untergegangen ist! Sie ist wirksam! Trotzdem, oder deshalb, kommt es mir so vor, als sei ein Autor wie er „aus der Zeit gefallen“, wie auch sein wunderbarer Roman „Drahomira“. In solchen Vergangenheiten sind wir alle tief verwurzelt und begegnen uns in solchen Welten selbst.

Der Roman „Drahomira“ von Wolf von Wedel ist im Nordpark-Verlag Wuppertal erschienen und kann im Buchhandel (oder direkt beim Verlag für 15,-€, Mailadresse: miersch@nordpark-verlag.de) bestellt werden. Jetzt erschienen ist vom selben Autor das Gedicht „Deutschlandhymnus“ (6,50 €)

Hermann Schulz lebt als Schriftsteller in Wuppertal; im August 2011 erscheint im Nordpark-Verlag sein Erzählband „Der Tag, an dem ich meine Schularbeiten nicht mehr gemacht habe“.

Wolfgang Belitz

Die Deutschen waren noch nie so reich und so arm!

Jedes Jahr wird im Verlaufe der ersten Jahreshälfte meine auf der Grundlage der Zahlen des vergangenen Kalenderjahres aktualisierte Lieblingsstatistik veröffentlicht unter dem Titel: Das Geldvermögen der privaten Haushalte. Ende 2010 hat es eine Höhe von knapp 5.000 Mrd. Euro erreicht und war im Jahresverlauf um 234 Mrd. Euro gewachsen. Die Deutschen waren noch nie so reich wie 2010, so steht es dann in der Zeitung. An dieser Statistik lassen sich dann immer wieder, besonders in der langen Reihe, großartige Erkenntnisse über den Reichtum in Deutschland gewinnen.

Von 1994 bis heute hat sich in nur 16 Jahren das Geldvermögen der privaten Haushalte verdoppelt. 1970 betrug das Geldvermögen 250 Mrd. Euro, also hat es sich bis heute zwanzigfach. Außer der öffentlichen Verschuldung wächst in Deutschland nichts schneller als das Geldvermögen der privaten Haushalte. Das Geldvermögen ist dabei nur ein Faktor der Reichtumsentwicklung neben dem Immobilienvermögen und dem Betriebsvermögen. Nimmt man nur das Geldvermögen, so verfügt jedes Individuum in Deutschland, Männer und Frauen, Kind und Kegel im Durchschnitt über ca. 60.000 Euro. Da braucht man sich um die Zukunft eines jeden Einzelnen und seiner Rente nun wirklich keine Sorgen zu machen, auch wenn ich und meine Familienangehörigen nicht jeweils 60.000 Euro Geldvermögen besitzen.

Nun gibt es jenseits des rechnerischen Durchschnitts auch immer wieder Veröffentlichungen über die reale Verteilung des Geldvermögens. Wohl aus dem DIW Berlin stammt ein atemberaubendes Verteilungsmuster, danach besitzen 10% der Haushalte 61% des Geldvermögens und 50% besitzen fast das gesamte Geldvermögen. Das heißt, die andere Hälfte der Haushalte ist faktisch besitzlos und/oder verschuldet. Wie man hört, nimmt die unvorstellbare Ungleichverteilung von Jahr zu Jahr noch immer bizarrere Formen an.

Vor mir liegt eine Statistik des DIW und der Hans-Böckler-Stiftung (allerdings aus dem Jahre 2007, aber das macht alles nur noch schlimmer) über die Verteilung der Markteinkommen in unserem Lande. Unter Markteinkommen soll, vereinfacht gesagt, das Einkommen aus abhängiger Beschäftigung und das Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen verstanden werden. Da weitet sich der Verteilungsskandal noch mehr aus. Auf das obere Quintil (20%) der Betroffenen entfallen 63% des gesamten Markteinkommens. Den Rest teilen sich fast gänzlich die nächsten 30% der Bezieher von Markteinkommen. Für die untere Hälfte (50%) verbleiben sage und schreibe lediglich 3% (!!!) des Markteinkommens. Das Resultat der Wirkung der neoliberalen Verteilungskräfte ist eine neue Klassengesellschaft von feudalem Zuschnitt. Die Gesellschaft ist gnadenlos gespalten in eine besitzende und eine besitzlose Hälfte.

Diese Ungeheuerlichkeiten der Verteilung machen noch einmal nachdrücklich deutlich, dass die Verminderung oder Beseitigung der Armut leicht möglich wäre durch kleine, schmerzlose, kaum wahrnehmbare Eingriffe in die Welt des materiellen Überflusses und unermesslichen Reichtums, durch die niemand zu Schaden käme und viele zu einem bes-

seren Leben. Die Losung und die Lösung heißen: Friede den Palästen und Friede den Hütten. Leider ist die neuprotestantische, bürgerlich-konservative, tugendethische Wendemaxime „Freiheit und/in Verantwortung“, für die die Spitzen der Ev. Kirche seit dem Ende der sozialen Gerechtigkeit so tiefschürfend und anhaltend im Interesse der Reichen und Schönen eintreten, bei der Zielgruppe, dem maßlos reichen ersten Quintil noch nicht angekommen geschweige denn wahrgenommen oder angenommen. Ein hoffnungsloses Unterfangen.

Es gibt keinen anderen Weg als die Rückkehr zur sozialen Gerechtigkeit auf der Grundlage der sozialen Menschenrechte. John Rawls behauptet in seinem berühmten Buch über die Gerechtigkeit, dass jeder Mensch mit einem unauslöschlichen Sinn für soziale Gerechtigkeit ausgestattet sei, so wie es Erich Fromm von der Liebe in uns behauptet. Also, ohne Gerechtigkeit und Liebe gibt es kein Leben auf der Erde, und Ungerechtigkeit und Hass werden niemals für immer das Feld beherrschen können, so wie es derzeit den Anschein hat.

Kürzlich stand für einen Moment die statistische Situation des ärmsten Quintils der Bevölkerung im Focus der Politik. Die Einkommen dieser Gruppe werden nämlich zum Vergleich herangezogen, wenn es darum geht, den Regelsatz der knapp 7 Mio. Hartz IV-Empfängerinnen nach den neuen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes festzulegen. Die von allen guten Geistern verlassene Bundesregierung schlägt bei der Berechnung hart zu. Um zu dem gewünscht niedrigen Ergebnis zu gelangen, nimmt sie lediglich die untersten 15% zum Vergleich und beschränkt sich auf Alleinlebende im Niedriglohnbereich. So werden aus 358 Euro 364 Euro. Der bekannte Armutsforscher Richard Hause fordert wenigstens ein wenig Fairness bei dieser Art von Armutspolitik: Das untere Quintil zum Vergleich, alle Haushaltstypen, nur Vollzeittätigkeiten oberhalb des Niedriglohnbereich. Nach diesen Kriterien, mit denen niemand gerechnet hat, würde sich ein Regelsatz von über 500 Euro ergeben, dann wäre schon einmal ein Anfang gemacht.

Ein wacher Sinn für soziale Gerechtigkeit wird das erste Quintil zum Vergleich heranziehen und bei den dort offenbar werdenden gigantischen Dimensionen ohne Widerspruch darauf verweisen können, dass schon eine ganz kleine Vermögensteuer in diesem Sektor, die von den Betroffenen unbemerkt bleibt, genügt, um die Armut zu beseitigen, indem „jedem Menschen in Deutschland ein menschwürdiges Leben ermöglicht (wird) durch eine individualisierte bedarfsorientierte Grundsicherung, die das soziokulturelle Existenzminimum sichert.“ (Sozialwort der Kirchen von 1997)

Gerne würden wir dazu Neues hören von den Spitzenanwältinnen der ethischen FIVUNDFUV-Maxime.

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber, seit über 10 Jahren ständiger Kolumnist des AMOS, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna.

(Die ersten 50 AMOS-Kolumnen von Wolfgang Belitz, erschienen von 1998 bis 2010, sind veröffentlicht in: Freiheit durch Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur neoliberalen Konterrevolution. Hg. von Walter Wendt-Kleinberg, LIT-Verlag, Münster, 2010)

Rolf Stefaniak

dass kommunismus kommen muss

Bert Papenfuß-Gorek*

Im Anfang war das Wort. In den fünfziger Jahren nannte man die Wirtschaft mitsamt ihrer Politik „Soziale Marktwirtschaft“. Ludwig Erhard war der Held der Stunde dank derer, die noch während der Schlussphase des deutschen Faschismus dessen Ende heraufziehen sahen und einen wie ihn Konzepte für die kommenden Zeiten entwerfen ließen. Vom Kapitalismus war nicht die Rede und kaum ein Bewusstsein. Und wenn es vorhanden war, war Kapitalismus das Unwort, um dessentwillen man bei Strafe des Liebesentzugs dauerhaft entmündigt oder *nach drüben* geschickt wurde. Mühsam haben wir Kenntnisse erworben gegen den Strom der Zeit und die Verhältnisse beim Namen zu nennen gelernt. Erst in den Sechzigern und gegen die Umstände kam der Zustand auf seinen Begriff. Ihn zu wissen war revolutionäres Bewusstsein, nur, dass es die Massen nicht erreichte.

Nun da die Sache ausgestanden ist und jede Alternative oder auch Utopie der Vergangenheit angehört, ist die Gesellschaft, in der wir leben, schamlos oder besser unverschämte genug, keine Umstände zu machen und sich selbst beim Namen zu nennen. Spätestens seit 1989 haben wir es also, wenn wir unsere Welt beschreiben wollen, mit Kapitalismus zu tun. Das hat den Vorteil, dass die herrschende Klasse sich ungeschminkt als Bourgeoisie vorstellt, wenn sie sich auch gegenüber einst willfährigen Despoten (oder Widersachern, je nachdem) zum Volk drapiert: Der „Krieg gegen das eigene Volk“ eines Muammar al-Gaddafi, so zuletzt die G8-Runde der führenden Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen in Deauville (FAZ vom 27. Mai 2011), schließt unausgesprochen die eigene Klasse im Volksganzen ein („ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, Wilhelm zwei im Ersten Weltkrieg) und macht den Despoten zum Widerling, während gleichen Wegs dieselben Leute ihre Klassenherrschaft als Volksfreunde feiern. – All das sagt sich leicht, aber wenn es so leicht wäre, wie es sich sagt, hätten wir wenig zu klagen.

Der gegenwärtige Kapitalismus ist allgemein und speziell: allgemein, weil für ihn nach wie vor die typischen Charakteristika gelten; und speziell, weil er nicht mehr industriell, sondern durch den Finanzmarkt getrieben wird. (Fülberth 2005, bes. 266ff.) Mit der digitalen Informations- und Kommunikationstechnik verfügt er über neue Rationalisierungstechniken, welche nun nicht den unmittelbar materiellen Produktionsprozess, aber dessen informationelle Voraussetzungen wie die seiner vor- und nachgelagerten Prozesse und seiner Steuerungstechnik erfassen. Zu diesen informationellen Voraussetzungen zählen auch die Finanztransaktionen, die rund um die Uhr und zeitnah um den Globus jagen.

Zu seinen alten fortwährenden Eigenschaften gehört die Vernichtung seiner eigenen Grundlagen. „Die kapitalistische Produktion“, so heißt es bei Marx, „entwickelt nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionspro-

zesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (Marx 1968, 529f.) In den beiden Krisenerfahrungen der jüngsten Zeit – dem Kollaps der Atomkraftwerke im japanischen Fukushima und dem Kollaps der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft – finden sich beide, Natur und Arbeiter, einer umfassenden Zerstörung und Pauperisierung ausgesetzt.

Die Memorandum-Gruppe hat für 2010 in ihrer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Ergebnisse vorgelegt, die für die deutsche Wirtschaft nachweisen, wie sie selbst dafür sorgt, dass sie durch fortwährende Exportorientierung und mangelnde Binnennachfrage die Bedingungen ihrer Reproduktion untergräbt (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2011), wengleich die deutsche Politik einigermaßen glimpflich davongekommen ist, freilich nur, um mit der Rettung der Banken uns alle zu retten und so die ihr gemäße Verknüpfung von Sonder- und Allgemeininteressen, von *Bourgeoisie* und *Volk* ins Werk zu setzen. Ihr Exportüberschuss, auf den Wirtschaft und Wirtschaftspolitik alsbald umgeschwenkt sind, setzt den Importüberschuss beispielsweise von Griechenland, Spanien,



Portugal, Irland voraus, von Ländern also, die der nicht zuletzt von deutscher Politik auferlegte Sparzwang aller Mittel beraubt, dieser ihnen aufgegebenen Rolle gerecht zu werden.

Der Arbeiter begnügt sich, je nachdem, wo er ist, mit dem, was er hat, und die Erde ist einstweilen so träge, dass sie sich erst meldet, wenn es zu spät ist. Das ist mit der Ausbeutung der fossilen Brennstoffe genauso wie mit der Atomenergie. Seit Jahren reden wir von der Klimakatastrophe. Sie ist es, die solche Einbrüche wie den von Fukushima zur Regel machen (Alt Vater 2011). Das stellt uns Alt Vater vor: Es ist nicht die Naturkatastrophe, es ist vielmehr die menschliche Verzehung der Welt, die die gegenwärtigen Katastrophen erst erzeugt. Mit der Klimaveränderung hat der Verwertungsprozess der Erde erst genug, wenn er endgültig mit ihr aufgeräumt hat, was heißt, wenn sie so ausgelaugt ist, dass selbst die Besitzenden von ihr ablassen müssen. Was bleibt, das ist, dass die

Vielen dabei draufgehen und die Wenigen darauf setzen, sich beizeiten davonzumachen.

Das Gespenst des Kapitals ...

Ein Gespenst geht um in der Welt. Es ist das Gespenst des Kapitals. Joseph Vogl (2010) hat diese Welt erneut beleuchtet. Nach ihm besteht die Welt des Kapitals aus der Chimäre, einer prästabilisierten Ordnung anzugehören. Wie dumm die einzelnen Akteure, so schlau das System des Kapitalismus im Ganzen. Wir leben in der Gegenwart einer fortwährenden Mystifikation, in der eine unsichtbare Hand dafür sorgt, dass sie in der Summe für das allgemeine Wohl Sorge trägt, während alle Beteiligten nur ihren egoistischen Antrieben folgen. Alle Erfindungen des Finanzmarkts, die Spekulation auf eine Zukunft, die dann Gegenwart sein wird, auf Geschäfte, die eintreten oder nicht eintreten, die Lotterie oder das große Glücksversprechen reißen große Vermögen in den Abgrund. Aber immer tragen die maßgeblichen Agenten als Bankiers oder Vorstände und ihre Politik dafür Sorge, dass die Sieger unversehrt davonkommen und noch in der Krise ihren Profit machen. Joseph Vogl hat bemerkt, dass der Kapitalismus solange in der Lage ist, selbst noch seine gespenstische Gestalt sich einzuverleiben und als erneuernde Kraft zu verzehren, solange keiner da ist, sie als Kommunismus wirklich werden zu lassen.

... ist der Kommunismus

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus. (Karl Marx, Friedrich Engels 1977, 461) Der



Kommunismus ist das Gespenst des Kapitals, sein Wiedergänger, der die Kapitalisten in Angst und Schrecken versetzt – und er wird, wenn zwar der Schrecken schlafloser Nächte, aber doch so untot wie die nach Rache dürstenden Seelen der Vorfahren, er wird es bleiben, solange das gespenstige Wesen nicht zur Freiheit und Wirklichkeit entbunden ist. Aber freilich: es in Freiheit setzen können wir nur selber tun.

Was ist ein Revolutionär?

In einem Gespräch mit Alexander Kluge hat Joseph Vogl die Eigenschaften des Revolutionärs beschrieben. „Ein Revolutionär ist zunächst einmal weniger ein Handelnder als ein akut Beobachtender, in dessen Blick er Enden – das heißt auch: Dekadenzen, der Zusammenbruch von Regimes, sei er schleichend oder galoppierend –, mit einem Moment des Anfangs verknüpfen, oder umgekehrt, der Zukunft mit verbleichenden Vergangenheiten vernähen kann. An dieser Stelle, also an dieser Scharnierstelle taucht eine Figur des Revolutionärs ein. Es ist also ein Spezialist der Verbindung, der Überblendung von Anfang und Ende, und das heißt: er ist ein Montagekünstler.“ (Kluge 2008)

Georg Fülberth sagt, was Marxens Prognose der Revolution betrifft: „Selbst wo in den am höchsten entwickelten ka-

pitalistischen Gesellschaften Menschen, die auf den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft angewiesen sind, Spielräume und Zugeständnisse nutzen können [...], bleiben sie laut Marx doch dem ‚Fetisch‘ unterworfen: Verhältnissen, die sie selbst geschaffen, die sich aber ihnen gegenüber verselbständigt haben und nun sogar das Verständnis der Gesellschaft scheinbar unentrinnbar besetzen: die ‚Politische Ökonomie‘ [nicht ihre Kritik, R. St.] stellt sie als alternativlos dar.“ (Fülberth 2011, 112)



Seien wir unbescheiden, nehmen wir unsere eigenen Dinge selbst in die Hand. Und beginnen wir doch einfach mit den Forderungen, welche die *Bewegung des 15. Mai* jetzt in Spanien erhoben hat: Mit dem Recht auf Wohnung, dem besseren Schutz der Arbeitsstelle, der Offenlegung des Vermögens von Politikern, der Trennung von Staat und Kirche, der Steuererhöhung für Reiche, einer scharfen Kontrolle der Banken, der Schließung der Waffenfabriken und der Stilllegung der Atomkraftwerke. (vgl. Ingendaay 2011) Wenigstens mit Prügel ist zu rechnen. Dann werden wir weitersehen.

* Bert Papenfuß-Gorek, wortflug. In: Ders., dreizehntanz. Gedichte, Frankfurt/Main 1989, 123f.

Rolf Stefaniak, Jahrgang 1944, Journalist

die Literatur dazu

Altwater, Elmar, Fukushima, mon horreur. Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2011, S. 67ff.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe), Memorandum 2011. Strategien gegen Schuldenbremse, Exportwahn und Eurochaos. Kurzfassung, Bremen 2011

Fülberth, Georg, Der neoliberale Kapitalismus, in: Ders., G Strich. Kleine Geschichte des Kapitalismus, Köln 2005, S. 266ff.

Fülberth, Georg, „Das Kapital“ kompakt, Köln 2011

Ingendaay, Paul, Proteste in Spanien: Handbuch der Überrumpelung. FAZ (Feuilleton), 24. 05. 2011

Kluge, Alexander, Nachrichten aus der ideologischen Antike, DVD 2, Kapitel 12, Was ist ein Revolutionär? Frankfurt/Main 2008

Marx, Karl, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Band 1. Marx/Engels Werke (MEW) Bd. 23, Berlin 1968

Marx, Karl und Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. Marx/Engels Werke (MEW) Bd. 4, Berlin 1977, S. 459ff.

Vogl, Joseph, Das Gespenst des Kapitals, Zürich 2010; s. auch Gespensterkunde. Lässt sich der Kapitalismus in den Griff bekommen? Zeitreisen. Deutschlandradio Kultur, 25.05.2011, 19.30 Uhr (Gespräch mit Joseph Vogl)

Wilhelm Neurohr

Wie die Kommunen abgezockt werden –

Das Ende der kommunalen Selbstverwaltung? Politische Entrechtung durch erzwungene Insolvenz der Städte im Ruhrgebiet

*„Wer heutzutage noch
Kommunalpolitiker wird,
der muss Masochist sein!“*

Nur 8 von 400 Kommunen in NRW haben noch ausgeglichene Kommunalhaushalte, alle übrigen tragen (wegen staatlichen Einnahme-Verzichtes statt sozial gerechter Steuerpolitik) zusammen eine Schuldenlast von 53 Mrd. € (soviel wie Bill Gates privat besitzt). Besonders hart trifft es Ruhrgebiets-Städte wie Oberhausen oder Hagen, die bereits bilanziell überschuldet sind, aber vor allem auch die Städte in der Armutsregion des nördlichen Ruhrgebietes (Der Kreis Recklinghausen und seine 10 Städte sind aktuell bei 2,4 Mrd. € Schulden angelangt). Die meisten Ruhrgebietsstädte rutschen zwischen 2011 und 2015 alle in die bilanzielle Überschuldung, also faktisch in die Insolvenz. Sie sind zur Handlungsunfähigkeit verdammt und deren von der Bürgerschaft gewählten demokratischen Räte haben fast nichts mehr zu entscheiden oder politisch zu gestalten – außer den Mangel zu verwalten.

Landes- und bundesweit sieht es aber auch in fast allen anderen Regionen und Kommunen nicht sehr viel besser aus, wie der Städtetag und andere seit Jahrzehnten unermüdlich, aber erfolglos beklagen. Die von Finanzminister Schäuble im vorigen Jahr berufene Gemeindefinanzreformkommission hat bislang ihre Schularbeiten nicht gemacht, denn Koalitionspartner FDP will weiterhin „Privat vor Staat“. Notleidende Kommunen reagieren mit Verfassungsklagen und immer massiveren Protesten. Die Hauptlast für die Städte sind die Sozialkosten, die von Bund und Land verfassungswidrig auf die Kommunen abgewälzt werden, mit jährlichen Steigerungsraten statt mit Entlastungen oder Ausgleichszahlungen. Das überfordert die örtlichen Solidargemeinschaften.

Der Abstieg der Kommunen begann 1999 mit der rot-grünen Steuerreform von Hans Eichel – und gipfelt in den rot-grünen Zwang zu PPP-Modellen als private Kommunalfinanzierung.

Begonnen hatte das ganze Elend der Kommunen mit der rot-grünen Steuerreform von Hans Eichel 1999, dem „größten Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik“ (mit Absenkung des Spitzensteuersatzes von einstmalig 56% auf nur noch 42% zur Entlastung der Spitzenverdiener zu Lasten der Geringverdiener, ferner Absenkung der Körperschaftssteuer von 40% auf 25%). Städte wie Gelsenkirchen mussten ortsansässigen Großkonzernen (Veba-Öl) dreistellige Steuermillionen zurückzahlen statt einzunehmen. Hinzu kamen die unsägliche Agenda 2010 und das Hartz-IV-Paket. Fortan ging es mit den Kommunal финанzen rasant bergab, und der durch den damaligen Wirtschafts- und Arbeitsminister Clement versprochene Kostenausgleich für die gebeutelten Kommunen (anstelle einer Gemeindefinanzreform) blieb aus und verkehrte sich durch Mehrkosten ins Gegenteil. Später kam die Finanz- und Bankenkrise verschlimmernd hinzu, denn die Banken und nicht die Kommunen wurden für „systemrelevant“ erklärt

– und somit den Kommunen weitere Geldzuweisungen zur Aufgabenerfüllung vorenthalten zugunsten der privaten Kapitalanleger.

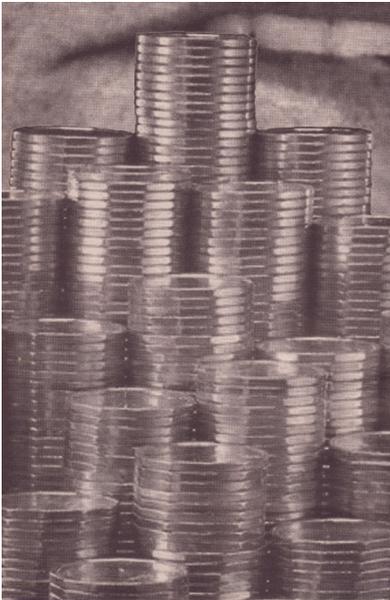
Die aktuellen Versprechungen der rot-grünen Landesregierung NRW, die inzwischen zahlungsunfähigen Kommunen ab 2011 finanziell zu entlasten und Entschuldungshilfen zu gewähren, bedeuten einen Tropfen auf den heißen Stein – und selbst der ist nicht getropft, nachdem die schwarz-gelbe Opposition im Landtag den Landeshaushalt über eine Klage ausgebremst hatte. Statt versprochener Finanzhilfen der Kommunen und deren wirksamer Entschuldung in absehbarer Zeit durch verbesserte steuerliche Einnahmen und gerechteren Finanzausgleich zwischen Bund/Ländern/Kommunen wollen SPD und CDU im beiderseitigen Einvernehmen stattdessen PPP („Public Private Partnership“, neuerdings eingedeutscht in ÖPP: „Öffentlich-Private Partnerschaft“) zum neuen Finanzierungs- und Investitionsinstrument für die Kommunen über privates Kapital etablieren – als Alternative zur normalen kommunalen Haushaltsbeschaffung. Das Ganze läuft zunächst als ministerielles Beratungsangebot (wie bei der schwarz-gelben Landesregierung NRW), in den nächsten Schritten dann verpflichtend (wie bei der rot-grünen Nachfolgeregierung NRW). Dort ist im Finanzministerium seit langem eine PPP/ÖPP-Task-Force für die Verquickung von Wirtschaft und öffentlicher Hand mit Lobbyvertretern eingerichtet, die dort ein- und ausgehen.

Auch die EU erwägt das Gleiche mit der Maßgabe, ohne PPP/ÖPP-Modell keine EU-Fördermittel für die klammen Kommunen mehr zu genehmigen, das heißt: PPP/ÖPP als Genehmigungsvoraussetzung! Cheflobbyist des bundesweiten PPP-Netzwerkes ist Peer Steinbrück, der seinerzeit schmählich abgewählte SPD-Ministerpräsident von NRW und Ex-Bundesfinanzminister, der sich jüngst selbst als Kanzlerkandidat der SPD ins Gespräch gebracht hat. Vor Ort kann er sich auf ein Netz von Kommunalberatern verlassen wie den Recklinghäuser Ex-Landrat und Ex-Bürgermeister sowie Ex-MdB Jochen Welt. Das ganze Projekt stammt noch aus der rot-grünen Regierungsära Schröder und setzte sich fort in der großen Koalition und in Arbeitskreisen des Bundestages. Mittlerweile ist es in den Bundes- und Landesministerien angekommen und etabliert. Die Rechtsgrundlagen wurden seinerzeit durch Lobbyisten in den Bundesministerien ausgearbeitet – der dafür kritisierte Kanzler Gerhard Schröder konterte, Politik stehe im Dienste der Wirtschaft und umgekehrt, also „ein normaler Vorgang der Zusammenarbeit“. Damit war ein weiterer Grundstein gelegt für den Ausverkauf der Kommunen.

Ganze Generationen seit 20 Jahren von den Lebenschancen vor Ort abgehängt – im reichsten Land Europas werden breite Bevölkerungsschichten ausgeplündert.

Ganze Regionen und Generationen sind durch die kommunale Haushaltsmisere seit nunmehr über 20 Jahren von

Entwicklungschancen und gleichwertigen Lebensverhältnissen ausgegrenzt. Die Städte verelenden, deren Lebensqualität schwindet rasant. Und das ist trotz Verfassungswidrigkeit politisch so gewollt, um den Privatisierungsdruck zu erhöhen und die Umverteilung von unten nach oben zu vollenden. Trotz Wirtschaftswachstums, sprudelnder Steuereinnahmen (dank der vielen „kleinen“ Steuerzahler) und angeblich sinkender Arbeitslosenzahlen (durch Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse und statistische Manipulationen) wird die untere, aber wichtigste Ebene des Sozialstaates in die Insolvenz gezwungen. Mit den hoffnungslos überschuldeten, weil unterfinanzierten Kommunen aber steht und fällt die örtliche Daseinsvorsorge in der lokalen und regionalen Gemeinschaft. Hier aber schreiten das „Kaputtsparen“ und der kommunale Ausverkauf ungebremst fort, obwohl es nach 20 Jahren fast nichts mehr einzusparen und zu schließen oder zu verkaufen gibt. Längst ist auch das kommunale „Tafelsilber“ weg und mit ihm die fehlenden Vermögenswerte.



Auch die finanziellen Rücklagen der Kommunen, die eisernen Reserven, sind restlos aufgebraucht. Damit beschleunigt sich die bilanzielle Überschuldung der Kommunen. Diese können (und sollen) ihre sozialstaatlichen Gemeinschaftsaufgaben vor Ort nicht mehr wahrnehmen. Der Abbau des Sozialstaates auch auf der untersten lokalen Ebene ist politisch gewollt und nicht allein Resultat des Unvermögens der

heutigen Politikergeneration. Breite Bevölkerungsschichten wurden 20 Jahre lang vorsätzlich ausgeplündert und in prekäre Lebensverhältnisse abgedrängt, die sich heute in den Kommunen vor Ort sichtbar abbilden. Die so genannte „Armutsbekämpfung“ bleibt ein heuchlerisches Lippenbekenntnis der auch nach der Finanzkrise immer noch neoliberalen Politik.

Denn Sozialstaat ist mehr als nur die (der Teilprivatisierung anheimgestellten) Renten-, Kranken- und Pflegekassen oder die staatliche Kindergeldzahlung. Städte und Gemeinden als tragende Säulen des Sozialstaates vor Ort kämpfen verzweifelt gegen den sozialen und kulturellen Bankrott, gegen die politische Bankrotterklärung, gegen demokratische und rechtliche Entmündigung, gegen die Verslumung der Lebensräume und die Verarmung ihrer Bevölkerung. Im reichsten Land Europas reduzieren sich die örtlichen Aktivitäten der inzwischen handlungsunfähigen kommunalen Selbstverwaltung aufgrund leerer Kassen zuvorderst auf Unterstützung von Suppenküchen und Kleiderkammern, auf Diskussionen pro und kontra Sozialticket für Hartz-IV-Empfänger, auf das Abschalten der Straßenbeleuchtung, auf das provisorische Flickern von Schlaglöchern in den Gemeindestraßen und Dauerschäden an maroden Schulgebäuden, auf den Ausver-

kauf städtischer Sozialwohnungen, die „sozialverträgliche“ Schließung von Sozialeinrichtungen und Kulturstätten, den Abbau öffentlicher Dienste und seines Personals und die Ausdünnung des öffentlichen Nahverkehrs, aber auch drastische Gebührenerhöhungen für die Bürger zuzüglich Sexsteuer für die Bordellbesucher.

Riskante Spekulationsgeschäfte aus Verzweiflung – und Gehaltszahlungen über Dispokredite

Die aussichtslose „Haushaltssanierung“ wird flankiert durch Lohnkürzungen und Lohnverzicht, Weihnachtsgeldstreichung und Beförderungsstopp für die Beschäftigten in den Kommunalverwaltungen, die längst einen zweistelligen Lohnrückstand gegenüber den Industriebranchen verschmerzen müssen – eine Art Lohndumping auch im öffentlichen Dienst mit den längst nicht mehr sicheren Arbeitsplätzen. (Also alles das, was wir über die EU dem überschuldeten Griechenland abverlangen, soll nach diesem unserem neoliberalen deutschen Vorbild erfolgen.)

Viele Kommunen können seit Jahren nicht einmal mehr die reduzierten Gehälter ihrer (nach massivem Stellenabbau noch verbliebenen) Beschäftigten in den „verschlankten“ Rathäusern bezahlen und regeln dies deshalb über Kassenkredite (Dispokredite), weil sie bilanziell überschuldet, also eigentlich insolvent oder pleite sind. Auch der Solidarbeitrag Ost für die dort inzwischen viel reicheren Kommunen wird von unseren Ruhrgebietsstädten über Dispo finanziert. (Die Kassenkredite aller Kommunen in NRW belaufen sich deshalb auf 23 Mrd. €, allein im Kreis Recklinghausen auf 1,2 Mrd. €).

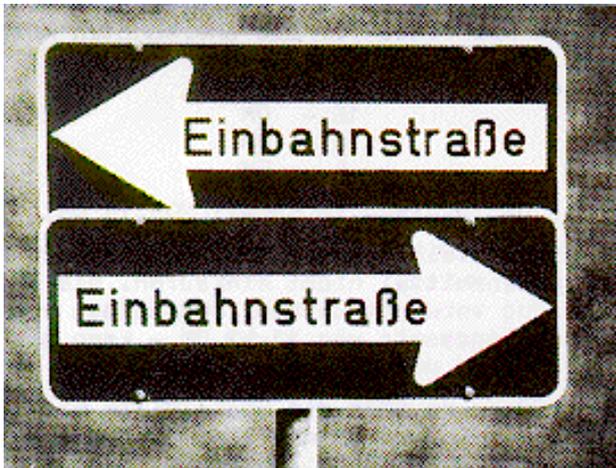
Manche versuchten in ihrer Verzweiflung Privatisierungserlöse über kommunalen Ausverkauf zu erzielen oder ließen sich freiwillig auf riskante und abenteuerliche Geschäfte mit misslungenen PPP-Modellen ein, auf fragwürdige Cross-Border-Leasing-Geschäfte oder auf Zinsspekulationen, um sich damit am Schopf aus dem Sumpf zu ziehen – und rutschten dadurch noch tiefer in den Schlamassel. Städte wie Hagen verspekulierten sich um Millionenbeträge. Windige Berater sahten bei Cross-Border ab.

Öffentliche Armut als Kehrseite des privaten Reichtums – durch Umverteilungspolitik und betriebswirtschaftliches Diktat

Das Ganze spielt sich ab in einem steinreichen Land mit einem Bruttosozialprodukt von 2,4 Bio. € jährlich, dessen Privatvermögen nach staatlichen Steuergeschenken seit 2009 um 240 Mrd. € in den Händen einiger weniger gestiegen sind, derweil im Gegenzug die Schulden der öffentlichen Hand im neoliberalen Musterland um 458 Mrd. € angewachsen sind. Die öffentliche Armut ist als Ergebnis der politisch gewollten Umverteilungspolitik die Kehrseite des privaten Reichtums. Bund, Länder und Gemeinden sind zusammen mit 1,6 Bio. € verschuldet, eine Verdreifachung in den letzten 20 Jahren der neoliberalen Politik, weil auf auskömmliche staatliche und kommunale Steuereinnahmen verzichtet wird.

Über die Kommunalaufsicht und die Gemeindeprüfanstalt NRW (mit einem FDP-Politiker an der Spitze) werden die

Kommunen daraufhin unter das rein betriebswirtschaftliche Diktat gestellt („Neues Kommunales Finanzmanagement“ oder „Neue Steuerung“ mit Benchmark), so dass sich öffentliche, insbesondere soziale und kulturelle Dienstleistungen nicht mehr rechnen und öffentliche Güter dem Ausverkauf oder „Outsourcing“ preisgegeben werden. (Lukrative Bereiche werden hingegen kommerzialisiert, darum soll die doppelte Buchführung anstelle der Kameralistik die Verlust- und Gewinnbereiche sichtbar machen).



So lauteten schon die frühen Ratschläge der Kommunalberater der ominösen Bertelsmann-Stiftung und anderer Unternehmensberater, die sich in den Rathäusern die Klinke in die Hand gaben – oder selber profitieren wollten, wie die Bertelsmann-Tochter Arvato: Das komplette Rathaus der Stadt Würzburg sollte nach dem Vorbild von Yorkshire (England) privat betrieben werden nach dem vorherigen Abbau von 300 Stellen. Das Modell ist kürzlich kläglich gescheitert, aber Bertelsmann träumt weiter von der feindlichen Übernahme kommunaler (auch hoheitlicher) Dienstleistungen anstelle des Buch- und Mediengeschäftes. Sollen die Kommunen sturmreif geschossen werden?

Ein weiteres Angriffsfeld läuft schleichend über E-Government, das elektronische Verwalten über die Daten-Netzwerke, mit dem kommunale Dienstleistungen nicht mehr allein durch das Personal in den örtlichen Rathäusern, sondern über teils private Dienstleistungszentren in den virtuellen Netzwerken zentral und anonym erbracht werden und kommunal eingekauft werden können von privaten Anbietern, ebenso wie die dazu erforderlichen Lizenzen samt Software und Systemadministration. Auch dazu gibt es bereits etablierte Netzwerke der Bundes- und Landesministerien mit den Lobbyisten. Aus den Abhängigkeiten kommen die Kommunen dann kaum noch heraus. Rathaus adé?

„Privat vor Kommunal“ hebelt die Verfassung aus und missachtet die Menschenrechte – und die EU mischt munter mit bei der Entmündigung der Kommunen

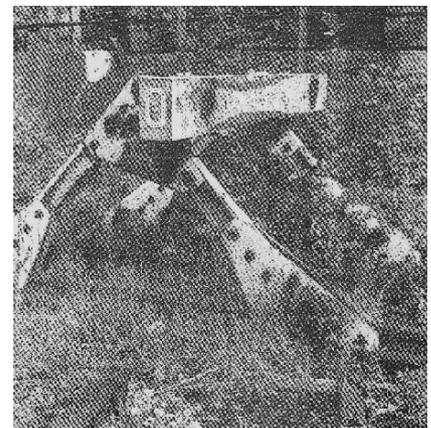
Wie ernst werden in einem von der Ökonomie und deren Lobbyisten regierten Staat überhaupt noch unsere Verfassung mitsamt Kommunalverfassung sowie die Garantie der lokalen Demokratie genommen? Danach hat zur Erfüllung der Menschenrechte jeder Zugang zu existenzsichernden öffentlichen Diensten und Einrichtungen. Die Gemeinden sollen laut Ver-

fassungsauftrag das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung fördern und die öffentlichen Einrichtungen schaffen für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betreuung ihrer Einwohner. Hierbei sind sie in ihrem Gebiet „ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der kommunalen Selbstverwaltung“.

Das aber wird auch durch die neoliberal orientierte EU unterlaufen, etwa mit der umstrittenen EU-Dienstleistungsrichtlinie im Geiste des weltweiten GATS-Abkommens (General Agreement on Trades in Services) der Welthandelsorganisation (WTO). Danach werden auch öffentliche Dienstleistungen zur handelbaren Ware erklärt und den Kommunen entzogen, weil der europäische Binnenmarkt vor allem ein lukrativer Dienstleistungsmarkt ist – und hier gilt „Privat vor Staat“ oder „Privat vor Kommunal“. Allein von der Privatisierung der Wasserversorgung erhofft man sich an den globalen Finanzmärkten Gewinne von 1 Bio. €, mit dem privatisierten Gesundheitswesen 2 Bio. € und künftig mit dem kommerzialisierten Bildungswesen 3,5 Bio. € (wenngleich der als Aktiengesellschaft gestartete private Bildungskonzern Phorms AG in Deutschland mit seinen ersten Schulen scheiterte). Über die EU-Dienstleistungsrichtlinie geht es demnächst den Volkshochschulen an den Kragen, die gegenüber privaten Anbietern der Erwachsenenbildung nicht mehr subventioniert werden dürfen, sondern sich dem Wettbewerb mit Privaten zu stellen haben, die auch die Lehrinhalte dann bestimmen.

Von allen Seiten droht der kommunalen Selbstverwaltung Ungemach – sie steht nahezu vor dem Aus! Leidtragende sind die ohnehin sozial gebeutelten oder von Privatinsolvenz bedrohten Bürgerinnen und Bürger, die auf die örtlichen Sozialangebote umso

mehr angewiesen sind, nicht zuletzt die Kinder und Jugendlichen, deren Zukunftschancen sinken und deren Armutsquote steigt – es betrifft bereits jedes vierte Kind im Ruhrgebiet, in manchen Stadtteilen sogar jedes dritte, mit weiterhin steigender Tendenz – dramatischer als in den meisten anderen europäischen Ländern. „Wir sind Europameister“ – im Sozialabbau. Dagegen kann kommunale Haushaltssanierung nicht ansparen, denn das Meiste ist längst kaputtgespart.



– es betrifft bereits jedes vierte Kind im Ruhrgebiet, in manchen Stadtteilen sogar jedes dritte, mit weiterhin steigender Tendenz – dramatischer als in den meisten anderen europäischen Ländern. „Wir sind Europameister“ – im Sozialabbau. Dagegen kann kommunale Haushaltssanierung nicht ansparen, denn das Meiste ist längst kaputtgespart.

Wege aus der kommunalen Schuldenfalle und Rückkehr zur lokalen Demokratie – mit Rückeroberung der kommunalen Gemeinschaftsgüter

Welche Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten bahnen sich an, um aus der kommunalen Schuldenfalle herauszukommen und wieder demokratisch handlungsfähig sowie sozial gestaltungsfähig zu werden? Längst haben sich ja die seit 20 Jahren klagenden kommunalen Spitzenverbände (Städte- tag, Landkreistag, Städte- und Gemeindebund) über die Me-

den Gehör verschafft: Die Kommunalmissere ist in aller Munde, weil unübersehbar und überall spürbar. Im Ruhrgebiet hat sich ein Bündnis aus Kämmerern und Bürgermeistern „Raus aus der Schuldenfalle“ gebildet. Wütende Bürgermeister haben die Landesregierung und die Bundeskanzlerin aufgesucht, Finanzhilfen angemahnt, die Gemeindefinanzreformkommission erfolgreich unter Druck gesetzt bei dem Versuch, die Gewerbesteuer von oben abzuschaffen. Sie haben Gutachten und Verfassungsklagen auf den Weg gebracht. Umfassende Konzepte zur nachhaltigen Problemlösung liegen längst auf dem Tisch, nicht zuletzt auch von ver.di als der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, die zugleich gemeinschaftliche Protestaktionen zusammen mit den Kommunalpolitikern veranstaltet.

Auch die betroffene Bürgerschaft mit den vielen Ehrenamtlichen ist aufgebracht – aber noch nicht zum energischen Handeln (etwa nach dem Vorbild von Stuttgart 21) zu bewegen, von Ausnahmen abgesehen: In der Ruhrgebietsstadt Mülheim beispielsweise hat ein Bündnis von ver.di und Bürgerschaft nach Unterschriftensammlungen über einen Bürgerentscheid anlässlich geplanter Privatisierung von Altenheimen generell den Privatisierungsvorhaben einen Riegel vorgeschoben. Die Privatisierung der Wasserversorgung wurde in Stuttgart durch eine dortige Bürgerinitiative erfolgreich verhindert; auch die Berliner Wasserprivatisierung provozierte Widerstände. In Erinnerung sind auch noch die Recklinghäuser Initiativen gegen das fragwürdige Cross-Border-Geschäft (das aber dennoch abgeschlossen wurde). Netzwerke der Ruhrgebiets-Personalräte begleiten seit langem die Gesamtproblematik der Kommunal Finanzen und die einzelnen Maßnahmen kritisch oder mit Alternativ-Konzepten. Sie haben über einen wissenschaftlichen Gutachterauftrag die neoliberalen und wissenschaftlich fragwürdigen Prüfberichte der Gemeindeprüfanstalt des Landes NRW entblößt. Und sie setzten sich mutig mit den Regierungspräsidenten als Kommunalaufsicht auseinander, wenn diese über Haushaltsverfügungen etwa die Einstellung von

Auszubildenden in den Rathäusern untersagen wollten u.v.m.

Hoffnung geben die vielen Aktivitäten der Städte, früher durchgeführte Privatisierungen wieder rückgängig zu machen und Dienstleistungen oder Einrichtungen zu rekommunalisieren, nachdem erkannt wurde, dass die privaten wesentlich schlechter und teurer (mit miserablen Bedingungen für die dortigen Arbeitnehmer) arbeiten als die Kommunen selber. Und geradezu erfreulich ist die momentane Welle der Vorbereitungen zur Gründung eigener Stadtwerke, um die kommunale Energieversorgung wieder selber in die Hand zu nehmen. Was jetzt noch fehlt, sind zivilgesellschaftliche Bündnisse, um die Bürgerschaft für ihre eigenen Belange zu mobilisieren, beginnend bei den zaghaften Modellversuchen des „Bürgerhaushaltes“ mit breiter Beteiligung, bis hin zu Aktionen gegen die Schließung von sozialen und kulturellen Einrichtungen – wie etwa in Wuppertal jüngst gegen die Schließung des Opernhauses (wenngleich Einrichtung der bürgerlichen „Hochkultur“ mit Symbolcharakter). Aber auch alternative Modelle in Eigeninitiative zum Aufbau und zur Erhaltung soziokultureller Angebote in den Städten, die es ansatzweise gibt, sind ausbaufähig und nachahmenswert.

Jetzt gilt es, Bewegung in die überlebenswichtige Frage zu bringen: Was ist uns die kommunale Selbstverwaltung der örtlichen Gemeinschaft wert? Die Wertschätzung für die demokratische Regelung aller Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft neu zu wecken und das soziale Leben in den einstmalen blühenden Kommunen wieder zu neuer Entfaltung zu bringen durch vielfältige Vernetzungen, das ist eine gewaltige Herausforderung. Warum nicht parallel zu den jeweiligen Ratssitzungen eine pressewirksame „alternative Ratssitzung“ (auf öffentlichen Plätzen) zu den aktuellen Themen und Entscheidungen mit eigenen Alternativvorschlägen? Vielleicht die hohe Auflage eines „Stadtführers“ in der alle abgebauten Dienstleistungen und kommunalen Einrichtungen im Stadtplan markiert werden und Ersatzlösungen der Bürgerforen eingetragen werden? Vielleicht auch die Einrichtung von Stadtteilbeiräten mit engem Kontakt zu den Bewohnern der Quartiere? Ansatzpunkte gibt es täglich an vielen Punkten der eigenen und gemeinsamen Betroffenheit. Kleine Erfolgserlebnisse können Wunder wirken und zu größeren Taten anstiften. Bürger und Beschäftigte in den Rathäusern sollten sich zusammentun und den Dialog in der „Bürgerkommune“ eröffnen. Es ist sehr aussichtsreich, ein Bewusstsein dafür zu erzeugen: „Eine andere Stadt ist möglich“.

Impressum

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Str. 2, D-45768 Marl
Fon: 02365-501671, Fax: 501673
E-Mail: huettmann.marl@t-online.de

Redaktion:

AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, D-45772 Marl
Fon: 02365-42076
E-Mail: dreier.marl@freenet.de

E-Mail:

redaktion@amos-zeitschrift.de
Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

Titelbild:

Manfred Walz

Schlussredaktion:

Axel Lippek

Realisation:

Wodarczak Druck & Medien
45772 Marl

Papier:

Herausgabe + Redaktion:

Wolfgang Belitz, Unna
Hartmut Dreier, Marl
Rolf Euler, Recklinghausen
Friedrich Grotjahn, Bochum
Rolf Heinrich, Gelsenkirchen
Ute Hüttmann, Marl
Wolf-Dieter Just, Duisburg
Jürgen Klute, Wanne-Eickel
Carl-D.A. Lewerenz, Herne
Axel Lippek, Bochum (V.i.S.d.P.)
Heinz Listemann, Dortmund
Anna Musinszki, Dortmund
Hermann Schulz, Wuppertal
Renate Wangelin, Bochum

Konto:

AMOS, Kto.Nr. 33 300 120
Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

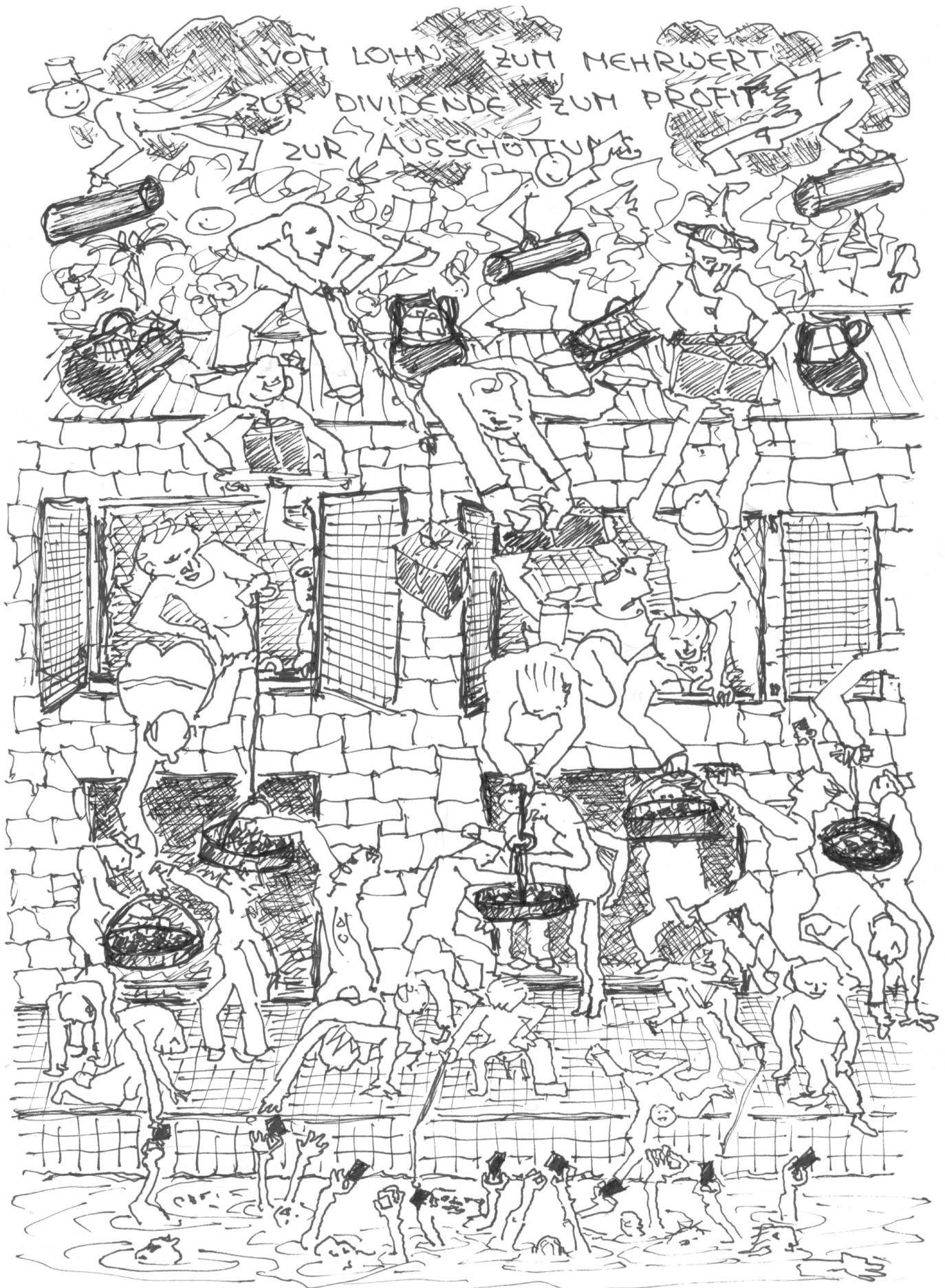
Einzelpreis:

4,50 €
Abo-Preis: 18,- € jährlich
inkl. Versandkosten

Erscheinungsweise:

1 x vierteljährlich
ISSN 1615 - 3278

Wilhelm Neurohr (60) ist seit 18 Jahren Personalratsvorsitzender der Kreisverwaltung Recklinghausen und seit über 40 Jahren in der Gewerkschaft ver.di engagiert. Er war zuvor 21 Jahre im Amt für Planung und Naturschutz als Stadt- und Regionalplaner (zuletzt als Abteilungsleiter) tätig und als Redenschreiber für Landräte. Seinen Berufsweg begann er im Bergbau unter Tage. In den siebziger Jahren gründete er das Hertener Bürgerforum zur Partizipation der Bürger bei Stadt- und Umweltpfanungen (mit Planungsbeirat und Stadtteilbeiräten); zudem war er in vielen Bürgerinitiativen im Ruhrgebiet tätig. Er ist heute Sprecher des Personalrätearbeitskreises Emischer-Lippe und in diversen Personalräte-Netzwerken im Ruhrgebiet und auf Landesebene eingebunden. Er unterstützt Initiativen wie Attac, Sozialforum, Mehr Demokratie e.V. und Lobbycontrol sowie den Afrika-Verein Avenir-Togo. Veröffentlichung des Buches „Ist Europa noch zu retten?“ sowie zahlreiche Aufsatz-Veröffentlichungen und Vortragsreisen in der ganzen Bundesrepublik.



Robert Bosshard, Ruhrgebietsschweizer erster Generation, Jg. 39, Kontakt: robert.bosshard@kamp-dsl.de

Tobias Michel

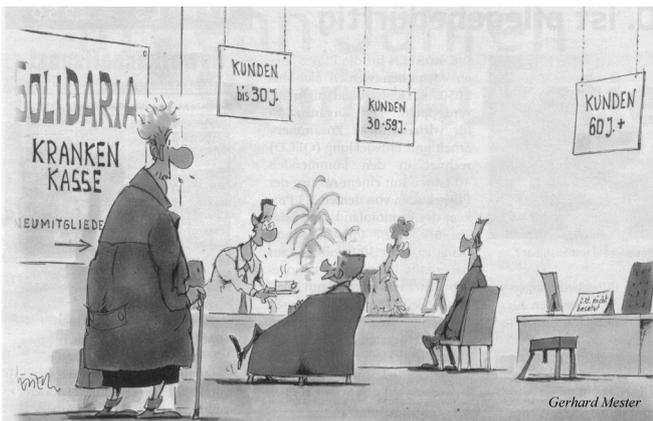
Risiken ermitteln, Köpfe jagen, Kasse machen

Die Krankenkassen kümmern sich weniger um die Kranken, mehr um gute Geschäftsergebnisse

Lag in Ihrem Briefkasten ein bunter Prospekt Ihrer Krankenkasse für Wellnessurlaub in Bad Kissingen oder an der Nordsee? Lädt die Barmer oder BKK Sie da unaufgefordert ein zu ein paar „Vitaltagen“ mit Nordic Walking und Autogenem Training? Dann hat deren Marketing-Abteilung hinter Ihren Namen vielleicht vermerkt: „2+“ (halten). Denn Sie sind ein gutes Risiko für Ihre Kasse.

Haben Sie Mühe, bei Ihrer Krankenkasse eine klare Auskunft zu bekommen? Hören Sie stattdessen bei Anrufen mehr Musik in den Warteschleifen, als Sie ertragen mögen? Vielleicht steht hinter Ihrem Namen eine verhängnisvolle „4-“. Ihre Sachbearbeiterin erkennt dann mit einem Blick: Ihre Beiträge und auch die Ausgleichszahlungen für Ihre Diagnosen decken nicht mehr alle Ausgaben für die Behandlung Ihrer Krankheiten ab. Ihre Kasse möchte Sie nur zu gerne zur Konkurrenz wechseln lassen.

Die Krankenkassen kümmern sich weniger um die Kranken und mehr um gute Geschäftsergebnisse. Die AOK macht



als „Gesundheitskasse“ Reklame und bewirbt Zusatzversicherungen. Die Versicherten sollen die Lücken beim Schutz selbst schließen – für den Zahnersatz, für das Zweibett-Zimmer in der Klinik oder für eine Vorzugsbehandlung vom Chefarzt.

Am Gesundheitsmarkt verkamen die Krankenkassen zu Wirtschaftsunternehmen. Und manche Kranke werden als schlechte KundInnen abgestempelt.

Die Gesundheitsreformen zeitigen Wirkung. Am Gesundheitsmarkt verkamen die Krankenkassen zu Wirtschaftsunternehmen. Und manche Kranke werden als schlechte KundInnen abgestempelt. Schuld daran ist noch nicht der Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) oder sein Nachfolger Bahr. Es war seine Vorgängerin Ulla Schmidt (SPD), die über Jahre hinweg in den rot-grünen und schwarz-roten Koalitionen die Weichen so falsch gestellt hat. Heute hat jede Behandlung und jeder Versicherte einen Festpreis. Heute haben viele Angst, dass im Ernstfall ihre Versicherung ihnen Notwendiges verweigert.

Viele Kliniken klagen zu Recht. In ihren Verhandlungen mit den Krankenkassen geht es fast nur noch um eines: Ergebnisse. Aber PatientInnen wollen nicht nur schnelle Ergebnisse und wieder entlassen werden. Kranke Menschen wollen, dass Pflegepersonal und ÄrztInnen sich kümmern können. Schmerzen sollen gelindert werden, Ängste besprochen werden.

Diejenigen, die in den Sozialwahlen unsere Stimmen bekamen, bleiben stumm.

Die Krankenkassen haben längst nicht mehr die Interessen der PatientInnen und Versicherten im Blick. In ihren bunten Internetauftritten suchen wir vergeblich nach Rechenschaft aus den Verwaltungsräten. Diejenigen, die in den Sozialwahlen unsere Stimmen bekamen, bleiben stumm.

Von der Bundesregierung ist nichts Gutes zu erwarten. Sie hat sich auf die Fahnen geschrieben, dass wir unsere Beiträge zur Krankenkasse unabhängig von der Höhe unseres Einkommens zahlen. „Keine Prämienzahlung pro Kopf“ – beruhigen der damalige Gesundheitsminister Rösler (FDP) und seine KoalitionsfreundInnen aus CDU und CSU. Dann schränken sie schon ein – sie wollen zumindest kein „reines Prämienmodell“ wie bei den Privatkassen.

Doch wichtig ist ihnen, die Rechnungen für die Behandlung unserer Krankheiten schrittweise von den „Arbeitskosten“ abzukoppeln. Sie haben den Arbeitgebern versprochen, für sie die indirekten Löhne zu senken. Dazu wollen sie den „Arbeitgeberbeitrag“ zur Krankenversicherung der Beschäftigten begrenzen.

Mit weniger Geld wird die Versorgung in den Praxen und Kliniken nicht besser werden. Rösler/Bahr & Co. lassen derzeit durchrechnen, ob ein beherzter Griff in die Taschen der SteuerzahlerInnen 20 bis 30 Milliarden Euro herbeizaubert. Das wird wohl ernüchtern. Dann aber könnten sie ernst machen. Sie werden die bereits zur Grundversicherung beschnittene Krankenversicherung zu einer Rumpfvorsicherung zu verstümmeln suchen.

Dabei wäre eine Kasse für alle und alles so viel billiger und vernünftiger!

Tobias Michel hat mit dafür gesorgt, dass das streng private Alfried Krupp Krankenhaus (Essen) nicht in die kirchlichen Ausnahmeregelungen abtauchte. Für verdi und die „Schichtplanfibel“ kümmert er sich um gesündere Arbeitszeiten. Seine Diskussionen hingegen um sinnvolle und faire Gesundheitsversorgung, jenseits von Markt und Rendite, stoßen in den Kliniken noch auf ein recht unterentwickeltes Bewusstsein.

Der Beitrag erschien erstmals in BIOSKOP Nr. 50, Juni 2010, Seite 4.

Beilagenhinweis

Ökumenischer Informationsdienst ÖID

In diesem Jahr finanziert die Stiftung Ökumene die insgesamt 3 Ausgaben vom ÖID in 2011. Diesem AMOS 2 | 2011 liegt die erste bei: Nr. 96 vom ÖID (Frühjahr 2011), in dem dokumentiert wird der „Aufruf der Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation zum Gerechten Frieden“, wie er im Mai 2011 in Kingston/Jamaica verabschiedet wurde. Darüber haben die gängigen Medien geschwiegen, obwohl es sich ideologisch gesehen um eine historische Weichenstellung handelt: die für Kriegsbeifürworter aller Art herangezogene Position vom „gerechten Krieg“ wird hier ein für allemal verlassen. (Aber Punkt 22 lässt dem Bellizismus leider noch eine letzte Tür). Wer im Laufe des Jahres den ÖID schätzen lernt, kann ihn dann direkt abonnieren.

Erika Feyerabend

Markenprodukt Krankenhaus

Um PatientInnen für sich einzunehmen, setzen KlinikmanagerInnen zunehmend auf Werbemethoden

Krankenhäuser werden laufend privatisiert, und Übernahmen durch große Klinikkonzerne erregen gelegentlich Aufsehen. Doch die Logiken aus der Welt der Warenproduktionen breiten sich mittlerweile auch in öffentlichen und freigeinnützigen Häusern aus. Im Wettbewerb um PatientInnen werden Krankenhäuser zur „Marke“.

In sachlichen Grautönen präsentiert sich das freigemeinnützige Alfried-Krupp-Krankenhaus im Internet. Die dezent gehaltene Botschaft: „Traditionsbewusst und gleichzeitig fortschrittsorientiert“. In den gleichen Farbtönen haben die Agentur Building Brands und das Architekturbüro woernerundpartner zwei Musterzimmer entworfen. In einem Container, platziert hinter den Toren der Essener Klinik, fand im Dezember ein Probeliegen statt. Berthold Beitz, Vorsitzender des Stiftungskuratoriums, und Mitglieder der Klinikgeschäftsführung testeten persönlich das Musterzimmer für gesetzlich Versicherte sowie die Premium-Variante, die PrivatpatientInnen vorbehalten sein wird. Farben, Bodenbeläge und Mobilar, Vasen, Geschirr und Besteck, alles aus einem Guss.

„Die ganzheitliche Raumsprache“ lege eine „Marke“ fest, erläutert die hauseigene Zeitschrift der Klinik, die Eigentum der gemeinnützigen Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung ist. Der Umbau des Bettenhauses wird schätzungsweise 31 Millionen Euro teuer, die Mehrkosten für die „Markenkonformität“ sollen 3 Millionen Euro betragen. Als „Entschädigung“ für mögliche Unannehmlichkeiten während des Umbaus sollen PatientInnen ein Lesezeichen aus Kruppmetall erhalten

Vorbild Coca Cola?

Das Krupp-Krankenhaus ist kein Einzelfall. An welchen Vorbildern sich so mancher Manager orientiert, war vor einiger Zeit in der Ärztezeitung zu lesen: „Niedergelassene und Kliniker können gleichermaßen neidisch auf sie blicken: Google, Microsoft und Coca Cola. Die drei haben es geschafft: Sie stehen an der Spitze des Markenwert-Rankings und sind somit die teuersten Marken der Welt.“ Ganz so einfach wie Coca Cola wird es Klinikchefs sicher nicht fallen, ihr Unternehmen positiv zu besetzen. Schließlich geht es dort auch und eher um die unangenehmen Seiten des Lebens, um Krankheit, Schmerzen und Tod.

Roland Trill, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Fachhochschule Flensburg und Autor der Studie „Markenbildung in der Gesundheitswirtschaft“, hält die Berliner Charité und das Hamburger Universitätsklinikum für markenfähig. Dort sei das „Image zum Synonym für positive Eindrücke wie Vertrauen, hohe Qualität oder eine bestimmte Leistung“ geworden. Die Martini-Klinik auf dem Hamburger Unigelände gilt Trill als gutes Beispiel: Wer den Namen höre, müsste sofort an das Krankheitsbild Prostata-Karzinom denken. 70 Prozent der dort behandelten PatientInnen kämen aus ganz Deutschland.

Der Professor hat den wachsenden Gesundheitsmarkt im Blick. Die Klinik wandle sich von einer Anstalt zur „Symptombekämpfungsmedizin“ in ein Unternehmen mit Gesund-

heitsvorsorge, vielfältigen Wahlleistungen und alternativen Behandlungsformen für „Patientenkunden und gesundheitsbewusste Healthstyle-Konsumenten“. Besonders in diesem Segment gelten Architektur, Logos, Hotelleistungen und Kundenfreundlichkeit als vielversprechend im Wettbewerb um PatientInnen. Aber auch bei den notwendigen Krankheitsbehandlungen herrscht Konkurrenz. Mit der eigenen „Marke“ sollen besonders die einweisenden ÄrztInnen von der Qualität des Hauses überzeugt werden.

Hinter dem schönen Schein

Das Credo der MarkenmacherInnen: Die Unternehmensidentität muss vor allen an die MitarbeiterInnen transportiert werden. Die zeigen sich zum Teil noch sperrig und mögen den Begriff „Marke“ nicht. „Daher nennen wir es lieber Profil“, erklärte der Ärztliche Direktor des Hamburger Uniklinikums der Ärztezeitung. Die Beschäftigten spüren die marken- und marktförmigen Veränderungen schmerzlich. Ob privat, öffentlich oder gemeinnützig: Reinigungsdienste, Küche, Serviceleistungen aller Art – Vieles wird heute von LeiharbeiterInnen zu Niedrigstlöhnen erledigt, und die Pflege zergliedert in Billigjobs und hochqualifizierte Arbeiten. Und die PatientInnen?

Vor Kurzem berichtete die Tageszeitung WAZ, Flurbetten seien im Kruppschen Krankenhaus keineswegs nur ein Winterphänomen. Soll sagen: PatientInnen liegen auf den Klinikfluren. Das sind sicher nicht diejenigen, die später im markenkonformen Premium-Zimmer untergebracht werden sollen.

Erika Feyerabend (Essen), Journalistin und BioSkoplerin
(zuerst erschienen in BIOSKOP Nr. 53 | März 2011)

„Differenzierung gegenüber den Wettbewerbern“

f&w – dieses Kürzel steht für das Wirtschaftsmagazin führen und wirtschaften im Krankenhaus, das sich laut Eigenwerbung als „die meistgelesene Fachzeitschrift für das Management im Krankenhaus“ darstellt. Zielgruppe sind Klinikträger, GeschäftsführerInnen sowie ärztliche Direktoren und Pflegeleitungen. „Marketing“ ist eines der Themen, über die f&w kontinuierlich schreibt. In Ausgabe 3/2007 erschien ein Artikel mit der Überschrift „Das Krankenhaus muss sich als Marke positionieren“. Zum Einstieg erklärt der Verfasser namens Dr. S. Kim, warum Marken im Kliniksektor so wichtig sein sollen: „Eine gut geführte Krankenhausmarke übernimmt wichtige Funktionen. Sie ist Orientierungshilfe im Gesundheitsmarkt und ein Qualitätssignal. Sie dient der Differenzierung gegenüber den Wettbewerbern. Eine klare Marke reduziert Entscheidungsunsicherheiten und schafft Vertrauen auf Seiten der Patienten, Einweiser und Mitarbeiter. Selbst die Zufriedenheit mit den Leistungen der Klinik vermag sie zu steigern.“

Sebastian Müller

Wohnungsnot ist heute: durch Hartz IV, Schimmel und Finanzinvestoren gebeutelt

Wer nicht darauf angewiesen ist, dass ARGE oder Sozialämter die Kosten für eine Wohnung übernehmen, der kennt sie nicht, die neue Wohnungsnot im Ruhrgebiet. Wer sich nicht in einer der ca. 390.000 Wohnungen eingemietet hat, die von internationalen Finanzinvestoren in NRW und zum größten Teil im Ruhrgebiet aufgekauft wurden, der kennt die Plünderungstricks und den Psychoterror nicht, den die Finanzmarktpiraten auf den Mietwohnungsmärkten im Ruhrgebiet vorführen.

Hartz IV trägt zur Wohnungsnot bei

Die neue Wohnungsnot hängt mit Hartz IV zusammen, obwohl seit dem Inkrafttreten von Hartz IV jährlich aus Steuermitteln zwischen 16 und 19 Mrd. € in Deutschland in die Stütze für Wohnungskosten gesteckt wurden. Seit 2005 wird mit dem Sozialgesetzbuch II in der Hand strikter als je zuvor darauf gedrungen, dass Wohnungskosten nur in gedeckelter Höhe und in begrenzten Quadratmetern pro sogenannter Bedarfsgemeinschaft (BG) vom Staat beziehungsweise von den Städten übernommen werden. Dortmund schreibt beispielsweise als „angemessene“ Wohnungsgrößen vor: maximal 45 m² für eine Person, 60 m² für Haushalte mit zwei Personen, 75 m² für Haushalte mit drei Personen, 90 m² für vierköpfige Haushalte, bzw. BGen, nach dem SGB II. Damit erfüllt Dortmund den neuen Gesetzauftrag und lässt die Wohnungsgrößen des noch wenig entwickelten Sozialstaats der Nachkriegszeit und der kriegsbedingten Wohnungsnot für Sozialwohnungen unverändert. Als „angemessene“ Miethöhe wird eine Nettokaltmiete von höchstens 4,86 € pro Quadratmeter, bei Kleinwohnungen bis 50 m² eine Miete bis zu 5,24 € anerkannt. Dazu kommen noch die Heizkosten. Werden diese Mieten und Wohnungsgrößen überschritten, dann schlägt das neue Sozialgesetzbuch II mit § 22 zu: „Soweit die Aufwendungen für die Unterkunft den der Besonderheit des Einzelfalles angemessenen Umfang übersteigen, sind sie (...) durch einen Wohnungswechsel, durch Vermieten oder auf andere Weise zu senken, jedoch längstens für sechs Monate“ (...).

All das wird in Bochum, Essen, Duisburg, Gladbeck, Herne oder Gelsenkirchen nicht sehr viel anders sein. Ebenso vergleichbar dürfte aber auch die überraschend hohe Anzahl von Beziehern oder Bezieherinnen von Kosten der Unterkunft gewesen sein, die mit dem Inkrafttreten von Hartz IV ins Fadenkreuz der ARGEN oder Sozialämter gerieten, weil sie „angemessene“ Wohnkosten und Wohnungsgrößen überschritten. 9.034 BG, ein Fünftel der in Dortmund vorhandenen, lagen mit ihren Wohnkosten oder Quadratmetern über den „angemessenen“. Das macht klar, dass nun, mit der Hartz IV-Reform, ca. dieses Fünftel sowieso nicht üppig lebender Transferempfänger des Ruhrgebiets in eine Abwärtsbewegung ihrer Wohnverhältnisse zu schleusen war: in kleinere Wohnungen, in schlechtere Wohnungen, in ein schlechteres und ungesünderes Wohnumfeld mit billigeren Mieten. Dass diese Abwärtsbewegung nicht ganz so krass ausfiel, wie hier vermutet wird, ist anzunehmen, beschloss Dortmund doch, von einer Aufforderung zur Senkung der Kosten der Unterkunft unter

bestimmten Bedingungen, wie Schwangerschaft, langwieriger Krankheit, bevorstehendem Schulwechsel oder baldiger Wiederaufnahme von Arbeit, ganz abzusehen. Auch sollte zur Senkung der Kosten oder zum Umzug niemand aufgefordert werden, wenn die Mietobergrenzen nicht mehr als um 50 € oder 15% überschritten werden. Sicher wurde Ähnliches auch anderswo beschlossen, der Verwaltungsvereinfachung wegen und um sich den Volkszorn vom Hals zu halten.

Gibt es genug Wohnungen für Hartz IV-Bezieher?

Gibt es die billigeren, kleineren und schlechteren Wohnungen überhaupt, in die die Hartz IV-Bezieher und ihre BGen einziehen könnten? Eine Arbeitsgruppe der NW Bank hat das untersucht. Sie hat sich das inserierte Wohnungsangebot im Jahr 2007 in den Kreisen und kreisfreien Städten NRWs angesehen und die Wohnungen der Anzahl der Hartz IV-BGen und die Mieten den Angemessenheitsgrenzen für die Ein-, Zwei-, Drei- und Vier-Personen-BGen gegenübergestellt. Die Ergebnisse dürften auch 2011 nicht viel anders ausfallen.

In Dortmund liegt der durchschnittliche Mietpreis des inserierten Angebots bei relativ niedrigen 5,38 €, also doch deutlich höher als die Dortmunder Angemessenheitsgrenzen von 4,86 €, beziehungsweise 5,24 €. Die günstigsten Angebote bis max. 4,14 € machten 10% aus, und 25% des Angebots lag im unteren Preissegment bis max. 4,71 €. In Bochum, Essen und Mülheim sind die Mietangebote im Preis etwas höher, im übrigen Ruhrgebiet eher etwas niedriger als in Dortmund. Gemessen an Mietpreisen und Wohnungsgrößen waren nach den Dortmunder Grundsätzen für die Kosten der Unterkunft 77% der angebotenen Einzimmerwohnungen, 56% der Zweizimmerwohnungen, 52% der Dreizimmerwohnungen und 39% der Vierzimmerwohnungen „angemessen“ klein und preisgünstig genug für Hartz IV-Haushalte. In Dortmund stand den BGen mit 3 Personen das größte Angebot für Hartz IV-Haushalte geeigneter Wohnungen gegenüber (42%). Das Angebot auf dem Dortmunder Wohnungsmarkt ist für Hartz IV-Bezieher und -Bezieherinnen also eigentlich günstig und wesentlich breiter als beispielsweise in Düsseldorf. Dennoch ist die Lage auf den nordrhein-westfälischen Wohnungsmärkten nicht gut.

Am schlechtesten ist die Lage in Köln, wo gerade einmal 7% der angebotenen Wohnungen für 2- und 3-Personen-BGen und 10% der Wohnungen für Single-BGen angemessen preiswert und klein genug sind. In Münster hätten BGen mit 3 Personen nur 7% des Wohnungsangebots durch die Sätze der „Kosten der Unterkunft“ bezahlen können. In Düsseldorf finden Haushalte mit 3 und 4 Personen so gut wie nichts. Entspannt ist die Wohnungssuche nur im Ruhrgebiet für BGen mit 2 Personen oder mehr als 3 Personen. Auf ein passendes Angebot kommen z.B. in Dortmund jeweils 2 wohnungssuchende BGen. Für Single-BGen stehen die Chancen aber immer schlecht, ein billiges und bis 45 m² großes Wohnungsangebot zu ergattern. Die Nachfrage ist auch in Dortmund wesentlich größer als das Angebot: Auf eine „angemessene“ angebotene Wohnung kamen 2007 immer noch fünf Single-BGen.

Finanzinvestoren vernachlässigen ihre Wohnungsbestände

Zum Unglück von Hartz IV kam das Unglück eines massiven Privatisierungsschubs von Mietwohnungen ehemals gemeinnütziger, öffentlicher und unternehmensbezogener Wohnungsbestände dazu. Durch den Verkauf von Hunderttausenden einfacher Mietwohnungen in Städten und Quartieren des Ruhrgebiets an Finanzinvestoren wurden die Wohnungsnot deutlich vertieft. In Dortmund etwa sind ca. 45.000 Wohnungen im Besitz von Finanzmarkt-Fonds. Mittlerweile haben sich diese Investoren als Desinvestoren erwiesen, die ihre Bestände herunterwirtschaften.

Durch die Privatisierung wurde die Zahl der ökonomisch sicheren und langfristig erschwinglichen, weil sozial eingepreisten Mietwohnungen im Ruhrgebiet ein weiteres Mal schmerzlich verringert, wo einige kommunale, alle großen Werkwohnungsbestände sowie umfangreiches Wohnungseigentum des Bundes wie des Landes an internationale Private Equity Fonds veräußert wurden. Zwar schützen Sozialchartas bei Fortress/Gagfah, Terra Firma/Deutsche Annington oder Whitehall/LEG ältere Mieter und Mieterinnen über 65 Jahre vor Kündigungen. Zwar wurden auch einmal Mieterhöhungen auf wenige Prozente begrenzt oder die durchschnittliche jährliche Instandhaltung verbindlich fixiert. Aber der Abzug von Quartiershausmeistern oder betriebszugehörigen Reparaturteams und scharfe Rationalisierungsschnitte der neuen Investoren-Eigentümer bei den Reparaturen, der Grünpflege und der Instandhaltung von Häusern und Wohnungen führten

innen Kurzem in einer großen Zahl der Investorensiedlungen zu Leerständen, Vernachlässigung und Standardabsenkung in einem Ausmaß, das von den Mieterinnen und Mietern aus eigener Kraft nicht aufgefangen werden konnte. Mieter und Mieterinnen sehen sich in letzter Zeit einer Art Mobbing durch Verkaufsaktionen, vorgetäuschte Modernisierung, monatelang stehende Gerüste und betrügerische Mieterhöhungsverlangen ausgesetzt. Jetzt entstehen dort Quartiere, wo sich die Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen in die Prekarisierung der Wohnverhältnisse hinein fortsetzt.

Ruhrkohle- und THS-Wohnungen vor dem Verkauf

Vor dem Hintergrund solcher Erfahrungen stößt den Mietervereinen und Mieterinitiativen im Ruhrgebiet gerade jetzt sauer auf, dass 100.000 ehemalige Wohnungen für Bergleute im Ruhrgebiet von der Umwandlung der Ruhrkohle/heute Evonic in eine Aktiengesellschaft nicht ausgeschlossen sein sollen, die gerade vorbereitet wird. Den Niedergang der Gagfah-Wohnungen nach Umwandlung in eine AG vor Augen, verlangen die Mietervertretungen, diese letzten großen Werkwohnungsbestände des Ruhrgebiets nicht anzufassen, sondern bei der RAG-Stiftung als Teil der Ewigkeitskosten des Bergbaus und als positives Erbe des Bergbaus an die Region zu behalten.

Sebastian Müller, Jg. 40, ist Stadtsoziologe und Planungspolitik-Forscher



Wir sind Ihre Bank.

Als erste evangelische Kirchenbank und eine von wenigen Banken in Deutschland setzt die *Bank für Kirche und Diakonie – KD-BANK* einen Nachhaltigkeitsfilter für ihre eigenen Wertpapieranlagen ein. Alle Kunden, die Spar- oder Termineinlagen bei uns unterhalten, profitieren automatisch vom Nachhaltigkeitsfilter der Bank. Sie können sich sicher sein, dass auch die Kundengelder, die nicht als Kredite an Kirche und Diakonie herausgelegt werden, bestmöglich unter der Berücksichtigung nachhaltiger Kriterien angelegt werden. Außerdem beraten wir Sie gern bei Ihrer Auswahl nachhaltiger Aktien und festverzinslicher Wertpapiere.

Nähere Informationen: www.KD-BANK.de/Nachhaltigkeitsfilter

Bank für Kirche und Diakonie eG – KD-BANK
www.KD-BANK.de • Fon 0231-58444-0 • Info@KD-BANK.de



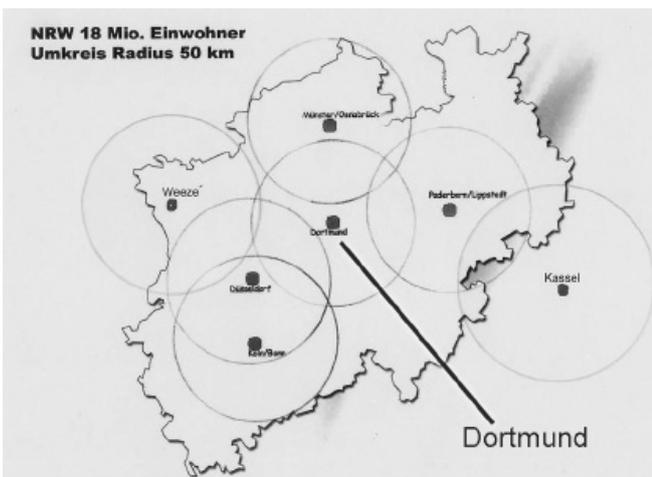
Johannes Kleinschnittger

Millionengrab Flughafen Dortmund

Nach Wegfall des eisernen Vorhangs wurden ab Mitte der 1990er Jahre nicht nur die Menschen freier, sondern frei wurde auch der Luftraum über Europa. Billigflieger platzierten ihr Geschäftsmodell „Fliegen ohne Schnickschnack“ im Markt. Billigflüge für Jedermann wurden zum Standard: Schuhe kaufen in Barcelona, Baden auf Mallorca und zur Oper nach Mailand. Alles an nur einem Wochenende und für kleines Geld. Die FAZ sprach schon von einem Beitrag der Völkerverständigung. Notwendig wurden aber auch neue Start- und Landebahnen bzw. deren Erweiterungen, die Ausweitungen der Betriebszeiten und der Ausbau der Abfertigungsinfrastruktur auf Flughäfen.

Insbesondere einige Provinzfürsten sahen die Chancen für „ihren“ Flughafen als Jobmaschine gekommen. Zum Teil saßen die Gemeinden und Kreise auch auf großflächigen Flugbrachen, die durch den Abzug der ehemaligen Besatzungstruppen entstanden waren. Zumeist haben die Dinge aber zwei Seiten. Leider kamen sehr viele Städte und Kreise auf die gleiche Idee. Leider belebt Konkurrenz nicht nur das Geschäft: ein Verdrängungswettbewerb mit unabsehbaren ökonomischen wie ökologischen Belastungen war die Folge. Städte und Kreise gingen hohe wirtschaftliche Risiken ein, schafften Arbeitsplätze, beschallten aber auch ihre Wählerklientel und entwerteten privates wie kommunales Wohneigentum.

Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die Weitergabe der Planungshoheit an die Bundesländer. Ein koordinierter Ausbau fand nicht mehr statt, jedes Bundesland plante für sich isoliert und ohne Rücksicht auf den Nachbarn. Der Ausbau des Flughafens Kassel in Hessen im gleichen Einzugsraum des Flughafens Paderborn ist hier nur ein Beispiel. Ein Standortkannibalismus folgte.



Das Beispiel Dortmund

Die Graspiste der 60er Jahre wurde 1974 durch eine 650 m lange Asphaltbahn ersetzt. Weitere Ausbauten folgten. Mit Beschluss des Rates der Stadt Dortmund aus dem Jahr 1993 erfolgte im Jahr 2000 die letzte Ausbaustufe auf derzeit 2.000 m. Die laufenden Kosten stiegen durch den Ausbau extrem an. Gegen Ende der Baumaßnahmen stiegen die Verluste in 2003

auf 18 Mio. Euro bei nur 20 Mio. Euro Umsatz.¹ Der Flughafen Dortmund liegt inmitten einer geschlossenen Wohnbebauung. 180 Mio. Euro wurden für den letzten Ausbau verbaut.² Die Fluggesellschaft Eurowings verließ den Standort in Dortmund entgegen aller vorherigen Beteuerungen. Ein neues Geschäftsmodell musste her. Die Zahlen mussten besser werden, die Verluste mindestens auf Null sinken.

Waren Billigflieger eine Alternative?

Schon in den Jahren zuvor kam die damalige Geschäftsführung zu dem Ergebnis, dass mit steigenden Fluggastzahlen über ein Billigfliegerangebot die Verluste eher noch steigen würden, weil sich der Flughafen in eine extreme Abhängigkeit begeben würde.³ Die Preise, die der Flughafen pro Passagier erzielen könnte, könnten von den Airlines diktiert werden und in der Folge fallen. Zudem stand auch 2003/2004 schon fest, dass die ständigen Verlustübernahmen durch die Stadtwerke Dortmund als mögliche Beihilfen durch die EU-Kommission prüfungspflichtig waren.⁴ Die schlechte Prognose wurde gestützt durch die gesetzliche Verpflichtung, die Preise gegenüber den Airlines auch nach nationalem Recht einer Preisprüfung zu unterwerfen, um Dumpingpreise zu unterbinden.⁵ Nicht umsonst enthält auch die letzte Planfeststellung zum Ausbau auf die derzeit 2.000 m Bahn eben diese Verpflichtung.⁶

Billigflieger waren keine Alternative

Ab Mitte 2004 wurden unter neuer Geschäftsleitung die Abfertigungspreise für Billigairlines am Flughafen Dortmund mehr als halbiert.⁷ Verhandelt wurde anfangs mit Virgin Express und Ryanair.⁸ Es kamen die Fluggesellschaften easyJet und WizzAir, später auch noch kleinere Gesellschaften hinzu.

Die nationale Behörde wurde prompt vorstellig, so wie es für deutsche Behörden normal ist und verlangte die notwendige materielle Prüfung der neuen Entgelte. Mit Hinweis auf eine vom Flughafen über das Land NRW an die EU beauftragte beihilferechtliche Prüfung verstummte die Prüfungslust der Behörde. Abgesprochen wurde auf höherer nationaler politischer Ebene ein Warten auf die beantragte EU-Entscheidung. Die nationale Behörde stellte ihre Prüfung ein.⁹

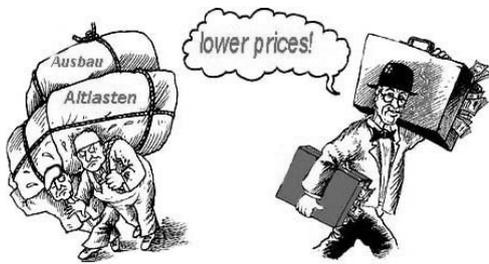
Inzwischen transportierten lärmende Billigflieger billige Touristen zu den Warmwasserzielen in Europa. Mindestens seit Mitte 2005 war allen Beteiligten bekannt, dass der besagte EU-Antrag niemals in Brüssel angekommen war. Da war von Problemen die Rede, die einer erfolgreichen Antragstellung in Brüssel entgegen standen. So hatte es ein kleiner Beamter in den Akten akribisch festgehalten.¹⁰

Ende 2006 beschwerte sich ein Privatmann in Kenntnis der Aktenlage über diese Missstände und die Verluste, die jetzt schon die Umsätze überstiegen.¹¹ 2007 schrieb dann später der Rechtsbeistand der Flughafen Dortmund GmbH, dass der Antrag auf dem Weg nach Brüssel „zwischen den deutschen Behörden hängen geblieben ist“.¹²

In dem seit Mitte 2004 bestehenden prüfungsfreien Wartezustand konnten sich Billigflieger der billigen Abfertigungspreise am Flughafen bedienen, was aber nicht rechtskonform war. Selbst die beiden Platzhirsche am Flughafen Dortmund, die Air Berlin und die Lufthansa, stellten schnell ihren Zorn gegen die Billigtarife für Billigairlines ein.¹³ Bis heute existiert dieser rechtsfreie Raum, in dem sich die Billigflieger – auch lange Zeit – preislich wohl fühlten. Bis heute existiert keine neue geprüfte Entgeltordnung für den Flughafen Dortmund unter Duldung der Prüfbehörde. Mit Eröffnung des Beihilfeverfahrens durch die EU im September 2007 ist dieser Prozess ins Stocken gekommen.¹⁴

Natürlich folgte die Geschäftsleitung Mitte 2004 einem Plan. Dieser Businessplan prognostizierte ein Passagierwachstum von ca. 1 Mio. auf 5 Mio. Fluggäste und eine schwarze Null bis 2014. Immerhin ein Wachstum von 500% in 10 Jahren. Die PKW-Parkgebühren sollten sich sogar um fast 1.000% erhöhen. Die Billigflieger sollten sich auf mindestens 5 Jahre vertraglich an den Flughafen binden.¹⁵ Zwischenzeitlich hat

die Fluggesellschaft easyJet mit Ablauf der Bindungsfrist den Flughafen Dortmund als Standort verlassen.



Fazit

Seit mehr als 10 Jahren fährt der Flughafen durchschnittlich und jährlich weit mehr als 20 Mio. Euro Verluste ein – bezahlt vom Dortmunder Steuer- und Gebührenzahler. Der Businessplan hat viel versprochen aber wenig gehalten. Gestiegen sind allerdings die Lärmbelastungen der betroffenen Bürger. Gestiegen sind auch die Immobilienverluste durch Fluglärm. Die alte Geschäftsleitung des Airport hatte Recht mit ihrer Prognose: Mehr Fluggäste bedeuten nicht automatisch bessere Zahlen, sondern hier leider das Gegenteil. Und schlimmer noch, jetzt müssen die schlechten Zahlen wieder erhalten für weitere Ausbauabsichten in Größenordnungen bis 132 Mio. Euro z. B. für den weiteren Ausbau der Start- und Landebahn. Zwar hat der Rat die Ausbauentscheidung (noch) nicht getroffen, weil er derzeit keinen Handlungsbedarf sieht, aber den Nachtflug per Entscheidung eingeleitet. Das kostet wenig, verkürzt nur vielen Wählern den Schlaf. Die meisten Anwohner werden über Unna beschallt, aber wen interessiert in Dortmund der Wähler in Unna? Bis 2023 werden weitere 230 Mio. Euro öffentliche Gelder als Verluste am Flughafen in Luft aufgehen, so die neue Prognose.¹⁶

Ausblick

Michael O’Leary, Chef der Fluggesellschaft Ryanair, in einem Interview vom 23.10.2008 auf die Frage: Wie wollen Sie künftig überhaupt Profit machen?

„Das wird ganz einfach. In dem aktuellen Modell machen die Flughäfen das gesamte Geschäft, die Airlines liefern nur die Passagiere, die dann viel Geld in den Duty-free-Shops, Restaurants und Läden am Airport ausgeben. Ich bin davon

überzeugt, dass in fünf bis zehn Jahren die Flughäfen für jeden Passagier zahlen werden, den die Fluggesellschaften liefern“.

Na, dann „Gute Nacht“ regionale Flughäfen und „Gute Nacht“ Steuerzahler in Dortmund.

¹ siehe www.der-steuerzahler.eu, Thema „wirtschaftliche Grunddaten“, geladen 2.05.2011, 11.00 Uhr
² siehe www.der-steuerzahler.eu, Thema „Investitionen/Subventionen“ geladen 2.05.2011, 11.05 Uhr
³ Jahresabschluss der Flughafen Dortmund GmbH per 31.12.2003, Anhang
⁴ Protokoll der Aufsichtsratssitzung aus Juni 2004
⁵ Siehe § 43 + 43a der Luftverkehrszulassungsordnung und letzte Genehmigung der Preise aus Okt. 2001, zuständig das Amt für Luftfahrt in der Bezirksregierung Münster
⁶ siehe Planfeststellungsbeschluss aus Jan. 2000
⁷ Ab Mitte 2004 Einführung des Förderprogramms „NERES“ mit Komplettpreisen von 5 bis 7,5 Euro/Passagier und Mengen- sowie Marketingrabatten
⁸ Siehe Mailings beider Gesellschaften mit der Flughafen Dortmund GmbH aus 2001 bis 2003
⁹ Siehe Schriftverkehr aus Okt. ff. 2004 zwischen der Bezirksregierung Münster, Amt für Luftfahrt und der Flughafen Dortmund GmbH
¹⁰ ebenda, Schriftverkehr mit der Bezirksregierung Münster
¹¹ Beschwerde an die EU-Kommission am 26.11.2006 per Fax
¹² siehe Antwortschreiben der Bundesregierung bzw. des juristischen Beistands der Flughafen Dortmund GmbH aus 2008 an die EU-Kommission
¹³ ebenda, Schriftverkehr mit der Bezirksregierung Münster, ... Vermutung des Mitarbeiters der Bezirksregierung Münster
¹⁴ siehe Eröffnung des Hauptprüfverfahrens durch die EU vom 15. Sept. 2007, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2007:217:0025:0043:DE:PDF> geladen am 02.05.2011 um 11.30 Uhr
¹⁵ siehe Businessplan aus 2004 mit div. Alternativplanungen von 2004 bis 2014
¹⁶ Plandaten der Flughafen Dortmund GmbH aus internen Unterlagen, Dortmund 2008

Johannes Kleinschnittger, Dipl. Betw., Geschäftsführender Gesellschafter eines Stahl verarbeitenden Unternehmens mit 61 Beschäftigten, wohnhaft in Dortmund, privater Beschwerdeführer in mehreren EU-Beihilfeverfahren gegen die mögliche gesetzeswidrige Subventionierung von Regionalflughäfen, Kontakt über privat@hohage.de

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO
 gegen eine Kostenbeteiligung von z.Zt. 18,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)
 Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)
 Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise
 Verrechnungsscheck über 18,- € liegt bei
 Überweisung über 18,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl, Konto 33 300 120
 Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Au Loong Yu

Wie sozialistisch ist der chinesische Parteienstaat?¹

Eine Besprechung von Wang Hui, *Das Ende der Revolution: China und die Grenzen der Moderne*

ZWYF

Wang Hui gehört zu den Linken, die gegen den liberalen bzw. neoliberalen Diskurs argumentierten. Er mag nicht kritisch gegenüber dem nationalistischen Diskurs sein, doch er ist einer der wenigen Intellektuellen, die die Bedeutung von sozialen Bewegungen im Streben nach sozialer Gerechtigkeit anerkennen, sei es im Kapitalismus, sei es im Sozialismus. Wenn die Liberalen den westlichen Kapitalismus für den Respekt individueller Rechte und die parlamentarische Demokratie loben, erinnert er sie daran, dass dies die Resultate dauernder sozialer Bewegungen sind, also erstritten werden mussten. Daher überrascht es nicht, dass er zu den wenigen Linksintellektuellen gehört, die die Demokratiebewegung von 1989 und die direkte Beteiligung bei öffentlichen Angelegenheiten sehr positiv bewerten. In seinem Buch verteidigt er die Bewegung mit dem Argument, dass sozialistische Inhalte wesentlicher Bestandteil dieser Bewegung waren.

Wang Huis Beitrag besteht in seinem Angriff auf den Neoliberalismus und den Mythos, der seit der massiven Rechtswende der Regierung seit Mitte der 1990er Jahre rund um den Markt aufgebaut wurde. Trotzdem richtet sich sein Angriff nur selten direkt gegen die Regierung, die doch genau die Kraft war, die zwei Privatisierungswellen durchgepeitscht hat. Obwohl Wang Hui von der zügellosen Korruption der Partei beunruhigt ist, zielt er doch nur auf eine Kraft, die er "special interest group" (etwa Interessen- oder Lobbygruppe) nennt:

„Der gegenwärtige Kern der Korruption betrifft nicht nur einzelne korrupte Beamte, sondern auch die Frage der Beziehung von Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Sonderinteressen. Die Entwicklung von beispielsweise der Kohlenwasserstoff-Industrie und Energieprojekten wird oft von einzelnen "special interest groups" behindert oder betrieben. ... Besondere inländische oder internationale Beziehungen sind heute in den Staatsapparat und in den Gesetzgebungsprozess in einem noch nie dagewesenen Maß eingesickert. Unter diesen Voraussetzungen ist die Frage, inwiefern der Staat das sogenannte Allgemeinwohl repräsentieren kann, schon ausgesprochen prekär geworden.“ Vorwort von „Das Ende der Revolution ("The End of Revolution"), xxviii

Während die Liberalen die Schuld an den meisten sozialen Missständen allein auf den Parteienstaat schieben, agieren viele Links-Nationalisten gerade in umgekehrter Weise und beschuldigen allein die Marktwirtschaft, um die Ehre der Partei zu retten. Danach gilt: Wenn die Partei ein Problem hat, dann kommt es entweder von außen (dem Markt oder dem Imperialismus) oder von mysteriösen "special interest groups". In der logischen Konsequenz ist diese jeweilige "special interest group" und nicht die Partei für die Wiederherstellung des Kapitalismus verantwortlich. Diese Position ist insbesondere deshalb problematisch, weil es eben die Partei war, die die Entscheidung getroffen hatte, die 1989er Bewegung zu brechen, um die volle kapitalistische Restaurierung herzustellen (seit 1992) und von einem anti-bourgeois zu einem strikt pro-bourgeois und arbeitnehmerfeindlichen Kurs zu wechseln. Nur in diesem Kontext gelingt es der mysteriösen "special interest group", den eigenen Gewinn auf Kosten des Volkes zu raffen.

Möglicherweise liegt dieser Mangel daran, dass Wang Hui nicht frei reden kann. Aber während wir den Umstand der Zensur

in Erwägung ziehen müssen, vermuten wir, dass die innere Logik in Huis Schriften gewissermaßen eine Schwäche beinhaltet, die ihn daran hindert, seinen Ruf nach einer echten Alternative tatsächlich weiterzutreiben. Der springende Punkt dieses Problems liegt in den Fragen: Worin besteht der Klassencharakter der Partei seit 1989? Die Interessen welcher Klasse hat sie seither bedient? Sollte Wang Hui die Bedeutung anerkennen, die in der Beantwortung dieser Fragen liegt, aber sich davor fürchten, dies laut zu sagen, könnte er schweigen. Aber wie viele Links-Nationalisten fährt er fort, dem Parteienstaat eine Anerkennung zu zollen, die dieser nicht verdient. Dies hat er getan, indem er die angebliche fortexistierende Tradition des Sozialismus innerhalb des Parteienstaats überstrapaziert.

Wenn es eine sozialistische Tradition in der KP Chinas gibt, lautet die daraus folgende Frage: Inwieweit existiert sie? Unglücklicherweise geben die Befürworter der Theorie einer „sozialistischen Tradition“, darunter Wang Hui, darauf keine Antwort. Sollten wir nicht auch – angesichts zweier Privatisierungswellen, zunächst von staatlichen und genossenschaftlichen Unternehmen, dann von städtischem Grund sowie einer großen Entlassungswelle von mehr als 40 Millionen Arbeitern – fragen, wie kapitalistisch die KP Chinas ist? Welche Tendenz in der Partei ist dominanter? Wir bezweifeln nicht, dass es normalen Menschen gelegentlich gelingt, einen Teilerfolg zu erzielen wenn sie das sozialistische Prinzip anrufen, das in der Verfassung niedergelegt ist, aber man darf auch nicht die andere Seite der Geschichte aus dem Auge verlieren, nämlich dass viel mehr bereits verloren wurde, dass die Partei eine qualitative Veränderung ihres Klassencharakters erlebt hat und dass sie nun dem Kapitalismus, nicht dem Sozialismus dient. Keine sozialistische Tradition in der Partei hat es bisher geschafft zu verhindern, dass dies geschieht.

Wenn und da Wang Hui diesen Fehler macht, bedeutet dies auch, dass er ein theoretisches Zugeständnis an die Links-Nationalisten macht, die versucht haben, die KP reinzuwaschen, indem sie betonen, dass ein tatsächlich festzustellender Bruch zwischen dem China Maos und dem China Dengs glücklicherweise nur in der Wirtschaft stattgefunden habe, während auf politischer Ebene eine stärkere Kontinuität bestünde, eben weil die KP noch immer regiere und die „sozialistische Tradition“ noch immer am Leben sei im Parteienstaat, und alles, was zu tun sei, sei diesen Parteienstaat davon zu überzeugen, sich wieder nach links zu wenden. Im Gegensatz dazu argumentieren wir, dass trotz der scheinbaren Position des Parteienstaats jenseits der Klassen dies nicht notwendig bedeutet, dass er grundsätzlich „neutral“ oder „unabhängig“ von den Klassen ist. Im Gegenteil steht die scheinbare Unabhängigkeit keineswegs im Gegensatz zu der Bedienung partikularer Interessen der besitzenden Klasse. Wenn Wang Hui den Klassencharakter des Parteienstaats nicht erkennt, kann sein Ruf nach Alternativen kaum überzeugen.

¹ Es handelt sich beim vorliegenden Text um die gekürzte Fassung des in der Sommerausgabe von *New Politics* (USA) erschienenen Artikels.



RUHR.2010 GMBH



RUHR.2010

**Die unmögliche Kulturhauptstadt.
Chronik einer Metropole im Werden**

Das Ruhrgebiet will Kulturhauptstadt Europas werden?

Unglaublich! Unmöglich!

Unmöglich, dass sich das Ruhrgebiet gegen bedeutende Kulturstädte wie Bamberg, Bremen, Görlitz, Köln und Regensburg durchsetzte. Unmöglich, dass sich die 53 Städte an der Ruhr mit ihrem Image als heruntergekommene Industrieorte auf ein gemeinsames Ziel einlassen: Für die polyzentrische Metropole einen neuen Auftritt zu schaffen.

Unmöglich, einen roten Faden für ein weit gefächertes Programm aus 300 Projekten zu spinnen. Ebenso unmöglich schien das Ziel, mit vergleichsweise kleinem Budget national und international erfolgreich Aufsehen zu erregen. Unvorstellbar, die Metropole Ruhr sogar als attraktives Reiseziel durchzusetzen. Aber die unmögliche Kulturhauptstadt RUHR.2010 hat sich durchgesetzt. Das Image vom alten Ruhrgebiet ist vom Bild einer dynamischen und inspirierenden Kulturmetropole abgelöst worden. Wie es zu der Kulturhauptstadt Europas gekommen und was daraus geworden ist, schildern die Akteure von RUHR.2010 und ihre Partner. Ihre Botschaft lautet: Kultur macht Unmögliches möglich. Alle Projekte, Informationen und Entwicklungen auf 240 Seiten inklusive zwei DVDs RUHR.2010-TV mit Hintergrundberichten und Interviews.

→ 240 Seiten, durchg. farb. Abb., inkl. 2 DVD's, 29,95 Euro, ISBN 978-3-8375-0363-0

Einladungen – zur Freedom-Flotilla nach Gaza – und zu Gewaltlosen Widerstandstagen in Palästina

Friedlich für die Freiheit in Palästina

Ein Hilferuf aus Gaza am 12. Juni 2011
zur Unterstützung der Freedom-Flotilla II

Belagertes Gaza, besetztes Palästina

Wir, die Palästinenser aus dem belagerten Gazastreifen – fünf Jahre, nachdem die Absperrung begann – sagen: genug der Untätigkeit, genug der Diskussionen, genug des Wartens – die Belagerung des Gazastreifens muss enden.

Kurz nach den demokratischen Wahlen 2006, die von Leuten und Körperschaften der internationalen Gemeinschaft überwacht wurden, zogen Nationen, die früher Hilfs- und kulturelle Organisationen in Gaza unterstützt haben, ihre Unterstützung zurück. Ab Mitte 2007 wurden unsere Grenzen, die von Israel und Ägypten kontrolliert wurden, völlig geschlossen; man sperrte die Palästinenser ein und verhinderte, dass Importe und Exporte durch unsere Grenzen kommen.

Vom 27. Dezember 2008 bis 18. Januar 2009 führte Israel ein totales Gemetzel in Gaza durch, tötete mehr als 1.500 Palästinenser, der größte Teil unschuldige Zivilisten, unter denen mehr als 430 Kinder waren, und zerstörte Tausende von Häusern, Geschäften, Fabriken und Gebäuden, einschließlich Universitäten, Schulen, Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen, und beschädigte große Teile unseres Wasser- und Abwassersystems.

Nach zweieinhalb Jahren sind fast keine Wohnungen und nur wenige Gebäude wieder aufgebaut worden, unsere Kanalisation ist in einem katastrophaleren Zustand als je zuvor. Abwässer werden weiter in unser Meer gepumpt – aus Mangel an richtigen Abwassereinrichtungen. So wird unser Wasser kontaminiert und auch die Fische entlang der Küste, die die Fischer fangen, weil sie nicht weiter als 20 Seemeilen nach dem Oslo-Abkommen hinaus dürfen. So wird unser Trinkwasser und unser Lebensmittel, der Fisch, kontaminiert.

Unsere Bauern werden weiter entlang unserer Grenze beschossen, zu Krüppeln gemacht und von israelischen Soldaten getötet. Man hindert sie am Bearbeiten des Landes und am Ernten. Man verweigert uns die Versorgung mit Bodenerzeugnissen und Vitaminen. Mangelkrankheiten und Unterernährung nehmen weiter zu, beeinflussen das Wachstum unserer Kinder und ihre Fähigkeit zu lernen. Unsere Wirtschaft liegt am Boden mangels funktionierender Fabriken und mangels Strom. Unsere Studenten haben wenig oder gar keine Aussichten, im Ausland zu studieren, auch wenn ihnen ein Studienplatz und ein Stipendium in Aussicht gestellt wurde. Der von Israel kontrollierte Erez-Übergang und der von Ägypten kontrollierte Rafah-Übergang ist öfter geschlossen als geöffnet. Unsere Kranken leiden am Mangel notwendiger Medikamente und medizinischer Einrichtungen.

Seit 2005 haben mehr als 170 palästinensische Organisationen zu Boykott, Divestement und zu Sanktionen aufgerufen, um auf Israel Druck auszuüben, sich nach dem Völkerrecht zu richten. Seit 2005 haben sich PalästinenserInnen wöchentlich in Dörfern der besetzten Westbank und im besetzten Ost-Jerusalem getroffen, um gegen die Besatzungspolitik Israels zu protestieren.

Kreative zivile Bemühungen wie die Free-Gaza-Boote, die die Belagerung fünfmal durchbrochen haben, der Gaza-Freedom-Marsch, die Gaza-Freedom-Flotilla und viele Land-Konvois

dürfen nie aufhören mit ihrem Brechen der Blockade und auf die Unmenschlichkeit, 1,5 Millionen Gazaer in einem Freiluftgefängnis festzuhalten, aufmerksam zu machen.

Am 2. Dezember brachten 22 internationale Organisationen (u.a. amnesty international, Oxfam, Save the Children, Christian Aid und Medizinische Hilfe für Palästinenser) den Bericht „Zerschlagene Hoffnung, fortgesetzte Gaza-Blockade“ als Aufruf zu internationaler Aktion, um Israel zu zwingen, die Blockade bedingungslos aufzuheben und zu sagen, dass die Palästinenser von Gaza unter israelischer Belagerung weiter unter katastrophalen Bedingungen leben. Human Rights Watch veröffentlichte einen umfassenden Bericht „Getrennt und ungleich“, der Israels Politik als Apartheid bezeichnet und damit ähnliche Empfindungen südafrikanischer Anti-Apartheid-Aktivistinnen wiedergibt.

Die kürzlich angekündigte Öffnung des Rafah-Übergangs ist noch nicht voll erfüllt worden. Selbst wenn er offen ist, bedeutet dies wenig, was Importe und Exporte von und nach Gaza betrifft und sie wird nicht die traurige Lage der Fischer, Bauern und Gazas Arbeitslosen- und Armutsrate verbessern.

Wir fordern, dass die Bürger der Welt gegen diese tödliche, mittelalterliche Blockade ankämpfen. Das Versagen der UN und ihrer zahllosen Organisationen, solche Verbrechen zu verurteilen, beweist ihre Komplizenschaft. Nur die zivile Gesellschaft ist in der Lage, die Anwendung des Völkerrechts zu fordern und ein Ende von Israels Straflosigkeit. Die Intervention der zivilen Gesellschaft war in den späten 80er-Jahren gegen das Apartheidregime Südafrika. Nelson Mandela und Erzbischof Desmond Tutu haben nicht nur Israels unterdrückerische und gewalttätige Kontrolle der Palästinenser als Apartheid beschrieben, sie haben sich auch diesem Aufruf an die zivile Weltgemeinschaft angeschlossen, noch einmal zu intervenieren.

Wir rufen weltweit alle zivilen Gesellschaftsorganisationen auf, die anti-israelische Sanktions-Kampagne zu intensivieren, um Israel zu zwingen, seine Aggressionen zu beenden. Wir rufen die Nationen und Bürger der Welt auf, an der Freedom-Flotilla 2 teilzunehmen, um ihre Pläne auszuführen, nach Gaza zu segeln, wo sie von Palästinensern willkommen geheißen werden. Der zivilen Gesellschaftsinitiative der Freedom-Flotillas geht es um Gerechtigkeit und Solidarität mit den belagerten PalästinenserInnen, solange es Eure Regierungen nicht wollen. Wir rufen die Flotilla-Bewegung dazu auf, zu wachsen und weiter zu segeln, bis die Belagerung des Gazastreifens völlig aufgehoben ist und den PalästinenserInnen des Gazastreifens die grundlegenden Menschenrechte gewährt werden und sie sich derselben Bewegungsfreiheit erfreuen wie alle Bürgerinnen und Bürger der Welt.

(dt. Ellen Rohlf)

Unterzeichnet wurde dies von mehr als 40 Gruppierungen, Vereinen ... aus dem Gazastreifen.

Informationen zur Gaza-Freedom-Flotilla

<http://www.freedomflotilla.eu/en/home/groups/viewdiscussion/1283-A+call+from+Gaza+in+support+of+the+Freedom+Flotilla+II?groupid=4>

*Aufruf der palästinensischen InitiatorInnen
der gewaltlosen Widerstandstage in Palästina*

Willkommen in Palästina vom 8.-16. Juli 2011!

Wir, Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft und MenschenrechtsaktivistInnen, rufen Aktivistinnen für Frieden und Gerechtigkeit aus der ganzen Welt auf, am 8. Juli zu uns nach Palästina zu kommen und eine Woche bei uns zu verbringen, um gemeinsam mit uns für einen gerechten Frieden zu kämpfen. Israel hat nicht das Recht, Euch daran zu hindern, uns zu besuchen. Das gehört zu unseren (wie Euren) elementarsten Menschenrechten. Die vollkommen willkürlichen israelischen Kontrollen von Menschen, die sich in die palästinensischen Gebiete begeben wollen, ist illegal. Nachdem die israelische Besatzungsmacht unseren Flughafen zerstört hat, kann sie Reisenden trotzdem nicht verbieten, sich nach Palästina zu begeben.

Wir, PalästinenserInnen aus allen Gebieten und Ländern und dem Exil, glauben weiterhin daran, dass ein Frieden, der auf Gerechtigkeit gründet, möglich ist. Wir sind davon überzeugt, dass die internationale Gemeinschaft uns in unserem Streben nach Frieden und Freiheit dazu verhelfen kann, den Werten und Prinzipien wieder Gültigkeit zu verleihen, die wir mit allen anderen als Menschen teilen.

Wir glauben an die Möglichkeit, Frieden zu schaffen, indem wir mit gewaltlosen Methoden dafür sorgen, dass das Internationale Recht und die Menschenrechte respektiert werden. Wir sind davon überzeugt, dass jede/r von uns zu einer Veränderung beitragen kann und dass niemand das Recht hat, den Zugang zu Bevölkerungen, die leiden, zu verweigern.

Wir laden euch ein, wir bitten euch herzlich: Kommt zu uns und tragt bei zu einer Veränderung dieser Welt, die Euch am Herzen liegt. Wir werden euch bei uns beherbergen, und Ihr werdet die palästinensische Gastfreundschaft genießen. Ihr werdet in brüderlichem/schwesterlichem Geist an Aktivitäten in den Städten und Dörfern Palästinas teilnehmen und so Frieden und Gerechtigkeit fördern. ...

Eine ganze Reihe von Gruppen aus europäischen Ländern, aus Nord- und Südamerika, aus Afrika und Asien haben sich dieser Juli-Aktionsreise bereits angeschlossen. Wenn Ihr Euch mit dem Organisationskomitee in eurem Land in Verbindung setzen wollt, um Euch genauer zu informieren und Euch anzuschließen, schickt uns bitte eine Mail: info@palestinejn.org und gebt an, aus welchem Land ihr kommt.

Informationen zur Reise am 8. Juli

- <http://www.kopi-online.de/joomla/index.php?Itemid=87>
- <http://bienvuepalestine.com/WordPress/>
- <http://palestinejn.org/categoryblog/122-frequently-asked-questions-faqs-about-the-july-8-16-mission-to-palestine>

E-Mail:

- 8juli2011@kopi-online.de
- sophia_deeg@yahoo.de
- elsarassbach@gmail.com

Bettina Marx – 3. Juni 2011

Friedlich für die Freiheit

In den westlichen Medien werde immer nur vom bewaffneten palästinensischen Widerstand gesprochen, kritisiert Prof. Mazin Qumsiyeh, Biologe und Genetiker, früher in Yale/USA, jetzt an der Universität Bethlehem. Doch der sei nur ein ganz kleiner Teil des Widerstands gegen die Besatzung. Die meisten Aktivitäten seien gewaltlos. Sie reichten von Demonstrationen, Kundgebungen und Streiks bis hin zu fantasievollen Projekten wie Theateraufführungen, gemeinsamer Olivenernte und Aktionen des zivilen Ungehorsams. Der amerikanische Theoretiker der friedlichen Bürgerrevolten, Gene Sharp, der die Revolutionen in Tunesien und Ägypten inspiriert hat, spreche in seinen Schriften von 198 Formen des gewaltlosen Widerstands, erklärt Qumsiyeh. All dies und noch mehr habe man in Palästina seit der Zeit der osmanischen Herrschaft ausprobiert. „Allein die Tatsache, dass wir in unserem Land bleiben, ist Widerstand. Denn Israel will uns aus dem Westjordanland vertreiben.“

Zentrum des gewaltlosen Widerstands in den besetzten palästinensischen Gebieten ist Bil'in, ein Dorf bei Ramallah. Seit Jahren wehren sich die Einwohner des Ortes gegen ihre Enteignung. 60 Prozent ihres Landes haben sie schon durch den Bau der israelischen Trennmauer verloren. Auf dem von Israel annektierten Gebiet wurde eine jüdische Siedlung errichtet.

Inzwischen haben sich weitere Ortschaften im Westjordanland angeschlossen. Auch sie wehren sich gegen den ausufernden Siedlungsbau, der sie immer mehr einschränkt, gegen die Zerstörung ihrer Häuser und das gewaltsame Vorgehen der israelischen Armee. Unterstützt werden sie dabei von ausländischen und israelischen Friedensaktivisten.

An jedem Freitag fahren sie ins Westjordanland und nach Ostjerusalem, um sich dort den Demonstrationen und Protestkundgebungen der Palästinenser anzuschließen. Fast immer gehen die israelischen Sicherheitskräfte gewaltsam gegen die Demonstranten vor. Sie setzen Tränengas und Gummigeschosse ein, Sirenen, die ohrenbetäubenden Lärm erzeugen und die sogenannten Stinkgranaten, die einen Übelkeit erregenden Geruch verbreiten. Palästinensische und israelische Aktivisten werden festgenommen; die Palästinenser oft monatelang ohne Prozess und Urteil in die sogenannte Administrativhaft genommen.

Abdallah Abu Rahme ist der Koordinator des Bürgerkomitees von Bil'in, das seit Jahren den Widerstand gegen die Mauer organisiert. Im Jahr 2009 wurde er verhaftet. 16 Monate lang saß er im Gefängnis, wo er auch viele minderjährige palästinensische Häftlinge traf, die bei Demonstrationen festgenommen wurden. Nur ein einziges Mal in dieser Zeit durfte seine Familie ihn besuchen. Es war eine harte Zeit, sagt er heute. Monatelang sei er in einem Zelt untergebracht gewesen, fast schutzlos der Hitze und der Kälte ausgeliefert. Wenn dies aber der Preis sei, den er für die Freiheit Palästinas entrichten müsse, dann sei er bereit, ihn zu bezahlen.

(Ausschnitt aus ihrem illustrierten Beitrag in ‚Arabische Welt‘)

Manfred Walz

Menschenorte 11

Wir sind Emigranten – keine Flüchtlinge! bei Viktoria Turkenitsch

Zuerst war es schwer. Viktoria Turkenitsch kam 1991 mit Mann und kleiner Tochter aus Dnipropetrowsk. Sie fühlte sich, als wären ihre Wurzeln ausgerissen und sie schwebte in der Luft. Dort in der Ukraine drohte alles zu zerfallen. Es ist eben so, sagt sie, wenn ein Imperium zugrunde geht. Sie ist ausgebildete Klavierspielerin, Konzertmeisterin, die das Konservatorium in Saratov abgeschlossen hat. Ihr Mann ist gut ausgebildeter Maschinenbauingenieur, die Tochter sollte eine gute Schule und eine bessere Zukunft haben. Wohin also?

Drei Ziele kamen infrage: Israel, wo die Schwiegereltern schon waren, Amerika oder Deutschland. Die Entscheidung war schwer, aber in Verstand und Emotion wohl begründet. Sie wollte Europäerin sein und nicht Orientalin werden. Amerika erschien ihr zu oberflächlich: „Alles in Ordnung aber mehr Schein als Sein.“ Es blieb Deutschland. Die Deutschen werden Antisemitismus nicht zulassen, entgegnet sie auf die Nachfragen ihrer Glaubensschwester. Und: Das Ruhrgebiet hat große strukturelle Ähnlichkeiten mit dem Industriebezirk am Dnjepr und versprach eine berufliche Perspektive für ihren Mann. Also kamen sie, „neue Möglichkeiten und Besseres zu finden. Alles war neu und mentalisch fremd“. Ihr Mann sagte gleich: „Mir gefällt dieses Land.“ Dortmund wurde als Wohnort gewählt mit einer ersten Anstellung bei einer metallverarbeitenden Firma am Hafen, in Mülheim folgte bald die mehr versprechende berufliche Perspektive. Die Tochter ist inzwischen Wirtschaftsingenieurin geworden.

Viktoria Turkenitsch hat zielbewusst den Zufall genutzt: Ihre Deutschlehrerin wollte ein Instrument spielen – also Klavier! Mit dem Deutschsprechen und dem Klavierspielen oder umgekehrt begann eine Freundschaft.



Und schließlich wurde die Zukunft entwickelt. Jetzt warten ältere Menschen schon darauf, im Seniorenheim mit ihr deutsche Volkslieder zu singen, jetzt auch Schlager aus erinnerter Zeit.

Aktives Musizieren ist wie Medizin. Inzwischen ist sie auch freiberufliche Klavierlehrerin und arbeitet außer mit älteren auch mit jungen Menschen. Das neue Projekt heißt: Freude und gute Laune mit Musik, ihrem Lebenselixier.

Es gibt auch hier neue Freunde, Deutsche und Landsleute. Sie sind angekommen im Ruhrgebiet.

Ein Beweis?



Die Besuche in Dnipropetrowsk, der ehemals geschlossenen Stadt, ihrer Stadt, bei der älteren Schwester und den Gräbern der Eltern sind, wichtig. Nach kurzem Aufenthalt sagte ihr Mann zuletzt: „Ich will zurück – nach Hause.“

Zum Abschied spielt sie bei offenem Fenster die Passacaglia von Händel – und der Clarenberg schwingt. In sechs Wochen heiratet ihre Tochter in Dortmund.

Manfred Walz, (Text + Zeichnung + Foto) Jg. 1940, in Synthese von Naturwissenschaften und Kunst in einer Ausbildung zum Architekten, dann Stadtplaner, immer zeichnend, und seit 1984 Titelblattzeichner des AMOS

Lesetipp

Angelika Neuwirth
Der Koran als Text der Spätantike.
Ein europäischer Zugang

Verlag der Weltreligionen im Insel-Verlag, Berlin 2010, 860 S.

Mit großer Spannung habe ich dieses Werk bis zum Ende gelesen; es wird ein „Klassiker“ werden! Angelika Neuwirth (Jahrgang 1943), die mich an die unvergessliche Annemarie Schimmel erinnert, hat immer wieder etliche Jahre lang auch in der islamischen Welt gelebt und geforscht. Mit großer „Gelehrtheit“, Sprachkraft, Sorgfalt und Freude an überraschenden Erkenntnissen untersucht sie den Koran als Text der Spätantike. Sie setzt sich dabei mit den beiden gängigen Fehlurteilen kritisch auseinander: Die Zeit vor Mohammed sei von „Unwissenheit“ geprägt gewesen (so im Islam geläufig) und der Koran sei „minderwertig“ (so im Christentum und „Westen“ geläufig). Neuwirth zeichnet die vor-islamische Zeit in Alt-Arabien als eine sehr lebendige Zivilisation, in der Alt-Arabisches, Stoa, Neu-Platonismus, rabbinisches Judentum und ein von der Orthodoxie geprägtes Christentum in einem multi-kulturellen Mix so etwas wie den Common Sense jedenfalls bei den tonangebenden Schichten darstellten. Mohammed war ein Kind dieser Zeit und entsprechend geprägt und gebildet: ein aufrüttelnder Rhetoriker, tatkräftiger Gemeindeglieder, großer Poet. (In Bezug auf seine Poetik bezieht sich A. Neuwirth wiederholt auf Navid Kermani: „Gott ist schön“, 1999)

Neuwirth beherrscht die islamische Lehr- und Auslegungstradition sowie die deutsche Orientalistik des 19. und frühen 20. Jahrhunderts sowie die aktuellen internationalen Literatur-, Religions- und Islamwissenschaften. Sie zeichnet in präzisen Analysen von Suren und von zusammenhängenden Kompositionen im Koran die Entwicklung nach, die das prophetische Selbstbewusstsein von Mohammed im Laufe der Zeit genommen hat und wie in den „Debatten“ mit seinem Publikum in den verschiedenen Phasen in Mekka und in Medina islamische Gemeinde entstand. Neuwirth zeichnet nach, wie dabei der Islam mit dem Koran entsteht, als Heilige Schrift des Islam ebenbürtig den Heiligen Schriften des Judentums und des Christentums. So fällt das andere, vor allem im Christentum und im „modernen“ „Westen“ gängige Fehlurteil hin, nach dem der Koran im Vergleich zu Tora und Bibel minderwertig, wenn nicht sogar epigonenhaft, ein schlechtes Plagiat sei.

Angelika Neuwirth fasst in einem Interview prägnant zusammen: „Der Koran fiel also nicht vom Himmel, sondern steht in einem bestimmbar historischen Kontext. Er markiert auch keinen Bruch mit der von uns Europäern reklamierten Spätantike, sondern bietet eine arabische Kommentierung und selbstbewusste Neuinterpretation der jüdischen und christlichen Traditionen.“ Sie leitet seit 2007 das groß angelegte Projekt „Corpus Coranicum“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und ihre Forschung ist sehr aktuell, weil der Koran als Gründungsurkunde des Islam historisch nachweislich in die gemeinsame europäische Spätantike gehört. Mit anderen Worten: Europa gehört nicht nur dem Judentum und Christentum und der hellenistischen Antike. In der gegenwärtigen Debatte um „Leitkultur“ und „Europa“ gelingt ihr der Nachweis: Der Islam ist von Anfang an Teil Europas und ist in der vielfältigen Geschichte Europas seit 1400 Jahren auch und mit anderen Überlieferungen kulturprägend.

H. Dreier



2011 - 166 Seiten - € 19,90
ISBN: 978-3-89691-874-1

In seinem Buch geht Sinan Özbeke aktuellen und klassischen Fragen der praktischen Philosophie wie Rassismus, Assimilation, Ehrenmord, Euthanasie oder auch Macht und Moral auf den Grund. Er verarbeitet dabei sowohl europäische als auch türkische Quellen. Seine Synthese aus westlichem theoretischem Wissen und türkischem Gedankengut bringt einen ungewöhnlich frischen Wind in die oft verfahrenen Debatten.

Insbesondere seine Arbeiten zu den Themen Migration und Minderheiten sind von unschätzbarem Wert. Seine Darstellungen zu Nation, Nationalität und zur Geschichte der türkischen Nation sowie zu intellektuellen Bewegungen bieten vor allem den deutschen LeserInnen eine neue Betrachtungsweise. Gerade in Deutschland kann man anhand dieser Arbeiten messen, was in der Debatte um die so genannte Integration falsch gelaufen ist. Diese Themen sind sowohl für das allgemeine Publikum von besonderem Interesse wie auch für die akademische Forschung.



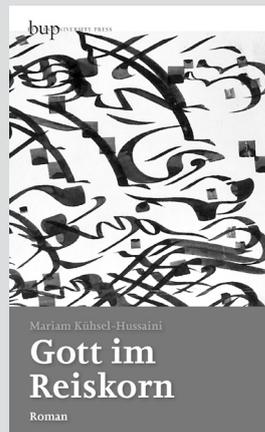
Lesetipps

von Georg Leifels

Mariam Kühnel-Hussaini Gott im Reiskorn

Berlin University Press, Roman, 316 S., gebunden mit SU,
ISBN 978-3-940432-88-2

Wirkliche Begegnungen zwischen Orient und Okzident gehören zu den Höhepunkten unserer Kulturgeschichte. Diese junge, hochbegabte Autorin mit ihrem Romandebüt, Enkelin des großen afghanischen Kalligraphen Sayed Da'ud Hussaini, enger Freund und Berater des letzten Königs vor der sowjetischen Besatzung,



fügt einen poetisch brillanten hinzu. Sowohl als Huldigung an die energiegeliche Sprache ihres deutschen Exils als auch an den erhabenen, gleichwohl versunkenen Glanz eines inzwischen zerstörten Kabuls. Die Autorin schöpft lustvoll aus dem Wohl und Wehe ihrer Familie, deren 33 Generationen zuvor bis unmittelbar in den Lebenskreis des Propheten Mohammeds reichen. Differenziert, nie artifiziell schildert sie Stimmungen und Gefühlsskalen, sodass manche Sätze mehrfach gelesen werden wollen, damit sich das Aroma dieser Sprachkunst entfaltet. Ihr Großvater verewigte seine Schreibkunst auch auf Reiskörnern. Eines, geschmückt mit einer Koransure, schickte er vor über 75 Jahren in die Staatskanzlei Hitlers. Als Antwort kam dürrer, diplomatischer Dank. Jahrzehnte später schicken wir Deutschen Soldaten zum Hindukusch, weil dort angeblich unsere Freiheit auf dem Spiel steht. Von einer Freiheit, die diesen Namen verdient, ist hier zu lesen. Jetzt wird deutlich, wo nationalistisches Denken enden muss, damit sich die solidarische Intelligenz der Völker ausbreiten kann.

te er vor über 75 Jahren in die Staatskanzlei Hitlers. Als Antwort kam dürrer, diplomatischer Dank. Jahrzehnte später schicken wir Deutschen Soldaten zum Hindukusch, weil dort angeblich unsere Freiheit auf dem Spiel steht. Von einer Freiheit, die diesen Namen verdient, ist hier zu lesen. Jetzt wird deutlich, wo nationalistisches Denken enden muss, damit sich die solidarische Intelligenz der Völker ausbreiten kann.

Georg Leifels, Jahrgang 1951, weiteres siehe AMOS 1|2010, S. 19

und von anderen

Dennis Köhler / Manfred Walz / Stefan Hochstadt (Hg.): LichtRegion. Positionen und Perspektiven im Ruhrgebiet

Klartext, Essen, 2010, 240 S., zahlr. farbige Abb.

„LichtRegion“ Ruhrgebiet – eine Idee, die im Zusammenhang mit Lichtkunst von der IBA Emscher Park formuliert und im Kulturhauptstadtjahr erneut aufgegriffen wurde. Vorliegende Veröffentlichung spannt einen umfassenderen Bogen für eine regionale Betrachtung des Themas: es werden vielfältige Aspekte aus unterschiedlichen fachlichen Blickwinkeln diskutiert, um für das Medium Licht, seine Wirkungen und seinen Nutzen zu sensibilisieren.

Die Herausgeber erschließen mit ihrer Herangehensweise ein bislang weitgehend unerforschtes Feld und stellen abschließend einen konzeptionellen Ansatz für eine regionale Lichtgestalt des Ruhrgebietes vor, der die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema anregt und bereichert. Das Buch ist sehr ansprechend gestaltet, reich bebildert und vermittelt einen anschaulichen Einblick in die Komplexität und Vielgestaltigkeit des Themas.

Yasemin Utku, Ruhr

Die AMOS-Redaktion empfiehlt außerdem:

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Sondermemorandum 2011 „Euroland in der Krise. Ein Sieben-Punkte-Programm zur Wirtschafts- und Währungsunion“
und

Memorandum 2011: Strategien gegen Schuldenbremse, Exportwahn und Eurochaos

PapyRossa, Köln, 2011, 280 S.

www.alternative-wirtschaftspolitik.de

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Köln) (Hg)

Digitalisierte Patienten – verkaufte Krankheiten. Elektronische Gesundheitskarte und die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens (April 2011)

Mit Beiträgen von den Ärzten Astrid Andre-Nimrich und Svante Gehring, dem Journalist Klaus-Peter Görlitzer, dem Rechtsanwalt Jan Kuhlmann, dem Datenschützer Wolfgang Linder, den Soziologinnen Frigga Haug, Elke Steven und Uta Wagenmann und dem Politologen Wolf-Dieter Narr.

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet
ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Straße 2 · D-45768 Marl

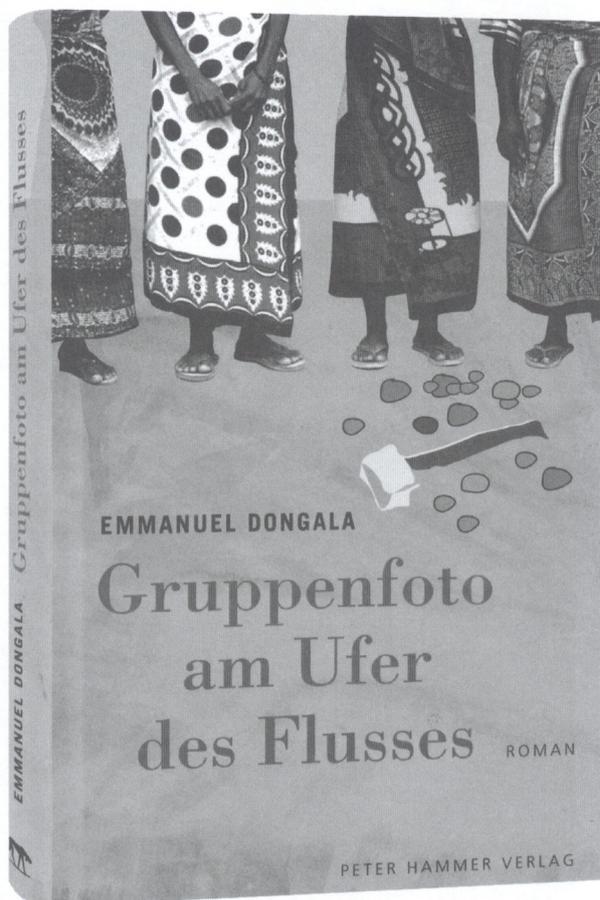
E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —

»Die Frauen sind Afrikas Zukunft!

EMMANUEL DONGALA



Zehn afrikanische Frauen beschließen, ihr Schicksal endlich selbst in die Hand zu nehmen: Angespornt durch ihren Humor und getragen von der Solidarität kämpfen die Steineklopperinnen um gerechten Lohn für ihre harte Arbeit. Ein spannender, unterhaltsamer Roman und ein Loblied auf die Frauen Afrikas!

»Eine wunderbare Hymne an die Solidarität« TÉLÉRAMA

Emmanuel Dongala
Gruppenfoto am Ufer des Flusses
Roman
Aus dem Franz. v. Giò Waeckerlin-Induni
340 S., geb., € 22,-
ISBN 978-3-7795-0314-9



PETER HAMMER VERLAG

www.peter-hammer-verlag.de